Aufsätze und Forschungsberichte

Politik und Kriegführung des Hochmeisters Paul von Rusdorf 1422/23

von

Klaus Neitmann

Als Paul von Rusdorf am 10. März 1422 zum Hochmeister des Deutschen Ordens gewählt wurde, trat er ein schweres Erbe an.¹ Seit seiner Niederlage bei Tannenberg 1410 stand der preußische Ordensstaat in einem politischen und militärischen Existenzkampf mit der polnisch-litauischen Union. Die beiden Vorgänger Rusdorfs hatten auf die neue Lage höchst unterschiedlich reagiert. Nachdem Polen und Litauen offensichtlich einige Bestimmungen des I. Thorner Friedens von 1411 nicht zu erfüllen gedachten, entschloß sich Heinrich von Plauen im Herbst 1413 zur Wiederaufnahme des Krieges, freilich unter Voraussetzungen, die von vornherein ein Gelingen seines Unternehmens mehr als zweifelhaft erscheinen ließen, so daß eine Opposition unter den Gebietigern noch vor Beginn der Kampfhandlungen mit dem Heer umkehrte und Plauen absetzte. Der Anführer des Widerstandes, Michael Kuchmeister, seit Januar 1414 das neue Ordensoberhaupt, versuchte infolge seiner Einsicht in die wirtschaftliche und finanzielle Schwäche des Ordens durch Zugeständnisse zu einem Ausgleich mit Polen-Litauen zu kommen, konnte aber dadurch weder verhindern, daß der Gegner im Sommer 1414 ins Ordensland einbrach und es schwer verwüstete, noch erreichen, daß anschließend der Konflikt durch einen dauerhaften Friedensvertrag geschlichtet wurde. So bestand die wichtigste Aufgabe für Paul von Rusdorf darin, den unerträglichen Schwebezustand alljährlicher Waffenstillstandsverlängerungen zu beenden und die Entscheidung der offenen Streitfragen herbeizuführen. Doch welche konkreten Ziele sollte seine Politik verfolgen, und welche Mittel standen ihr dabei zu ihrer Durchsetzung zur Verfügung? Sollte sich Rusdorf mehr an die starre kämpferische Linie Heinrichs von Plauen mit ihrem Ruf nach Revindikation, nach Rückforderung aller Ordensverluste in Erinnerung an die große Vergangenheit oder mehr an die geschmeidigere, versöhnlichere Linie Michael Kuchmeisters mit ihrer Bereitschaft zum Verzicht aus der Erkenntnis der begrenzten Möglichkeiten des Ordens anlehnen? Welche Richtung würde der neue Hochmeister einschlagen, und welche Chancen und Gefahren würden sich dadurch ergeben? Über welchen Handlungsspielraum verfügte der Ordensstaat überhaupt noch zu seiner Behauptung in einer gegenüber dem 14. Jahrhundert verwandelten Welt?

1) Mit der vorliegenden Arbeit mache ich in etwas anderer Gestalt als ursprünglich geplant meine Ankündigung von 1983 wahr, vgl. K. Neitmann: Zur Revindikationspolitik des Deutschen Ordens nach Tannenberg, in: Jbb. für Geschichte Osteuropas 31 (1983), S. 50—80, hier: S. 73, Anm. 103.

Nach Peter Graf Kielmannsegg sind für einen Handlungsraum vier Elemente von grundlegender Bedeutung: „die Maximen des Handelns“, d. h. die allgemeinen Prinzipien, an denen es sich orientiert, und „die Zwecke des Handelns“, beides Konstituanten, die das menschliche Denken selbst hervorbringt; ferner „die verfügbaren Mittel“ und schließlich „die Schranken, auf die der Handelnde in Gestalt einer ihm vorgegebenen, seiner Disposition entzogenen Umwelt stößt“.² Die drei letzten Kategorien, also die Zwecke und die Mittel einer Politik und die ihr vorgegebene Umwelt, scheinen uns für ein tiefergehendes Verständnis Pauls von Rusdorf hervorragend geeignet zu sein, weil sich mit ihrer Hilfe ein Bedingungsgefüge des faktischen Ablaufs erarbeiten läßt. Wir beschränken unsere Untersuchung im wesentlichen auf den Zeitraum vom Mai 1422 bis zum Mai 1423, weil Rusdorf nach seinem Regierungsantritt in einem neuen Vorstoß die Entscheidung der Streitigkeiten mit Polen-Litauen zu erzwingen suchte und weil im Mai 1423 mit der Ratifizierung des Friedensvertrages vom Melno-See diese Entscheidung gefallen war. Innerhalb dieses kurzen Zeitabschnittes werden wir aber, soweit es die Überlieferung zuläßt, alle Gesichtspunkte, die für die Politik des Ordens eine Rolle gespielt haben, einbeziehen. Die Momentaufnahme, die auf diese Weise entsteht, kann insofern größere Aussagekraft für sich beanspruchen, als in der Entscheidungssituation, wie sie der Krieg von 1422 darstellte, die grundsätzlichen Probleme und Schwierigkeiten der Ordenspolitik gesammelt auftraten und sich in aller Deutlichkeit zeigten. So wird von unserem begrenzten Ansatz aus auch einiges Licht auf die historische Lage des Ordensstaates zwischen Tannenberg und Thorn, zwischen 1410 und 1466 fallen.³

I. Die Ereignisse: Anwerbung und Bezahlung der Hilfstruppen

1. Die Kriegsrüstungen im Sommer 1422

Aus unseren Vorüberlegungen ergibt sich unmittelbar die erste Frage nach den politischen Zielen des neuen Hochmeisters. Vom 2. bis 5. Juni

2) P. Graf Kielmannsegg: Die demokratische Revolution und die Spielräume politischen Handelns, in: *Histor. Zs.*, Bd. 237, 1983, S. 529—558, hier: S. 532 f. Vgl. auch R. Vierhaus: Handlungsspielräume zur Rekonstruktion historischer Prozesse, ebenda, S. 289—309.

3) Die Außenpolitik des Deutschen Ordens 1422/23 habe ich, zentriert um das juristische Problem der Ratifizierung des Friedensvertrages vom 27. September 1422, bereits an anderer Stelle ausführlich erörtert (s. Anm. 1). Die letzte umfassendere Darstellung der Ordenspolitik in dem fraglichen Zeitraum, C. A. Lückera: Paul von Rusdorf (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 15), Bad Godesberg 1969, befriedigt in ihrer Gesamtanschauung nicht, weil sie zu sehr dem Vordergrund der diplomatischen und militärischen Aktionen verhaftet bleibt. Wegen seiner Ausführlichkeit ist immer noch heranzuziehen J. Voigt: Geschichte Preussens von den ältesten Zeiten bis zum Untergange der Herrschaft des Deutschen Ordens, 7. Bd., Königsberg 1836, S. 429—463. Leider ist seit 1945 der für unser Thema einschlägige Ordens-

1422 verhandelten die Gesandten des Ordens und Polen-Litauens in Schultitz (bei Gnebkau) unter der Vermittlung des päpstlichen Legaten Dr. Antonius Zeno über die Verlängerung des Waffenstillstandes zwischen ihren Ländern.⁴ Dabei verlangten die Ordensvertreter entsprechend einer Absprache ihres Herrn mit König Sigismund vom Frühjahr 1422⁵, in den Wortlaut der Waffenstillstandsurkunde die Klausel „mandatis apostolicis et sacri iuribus imperii semper salvis“ aufzunehmen. Was damit gemeint war, wurde im nachfolgenden Satz unmißverständlich ausgesprochen: Die Vertragsparteien sollten sich verpflichten, in keinem Punkt dem Breslauer Schiedsspruch des römischen Königs über die Streitigkeiten zwischen dem Orden und Polen-Litauen zuwiderzuhandeln.⁶ Beide Seiten sollten also die Gültigkeit des Schiedspruches Sigismunds vom Januar 1420 anerkennen⁷, was Großfürst Witold von Litauen und König Władysław-Jagiello von Polen bislang kategorisch abgelehnt hatten.⁸ Sigismund hatte darin im wesentlichen die Regelungen des I. Thorner Friedens bestätigt und somit auch die Bestimmung erneuert, daß Schamaiten Jagiello und Witold nur zu ihren Lebzeiten verbleiben, nach ihrem Tode also wieder an den Orden zurückfallen sollte. Und hinsichtlich der umstrittenen Grenzföhrung Schamaitens legte der Spruch fest, daß der Orden einen Streifen Landes nördlich der Memel einschließlich von Burg und Stadt Memel behielt. Damit hatte sich Sigismund dem Standpunkt des Ordens angeschlossen, während die Gegenseite von einer Friedensregelung ganz andere Vor-

foliant 282 (Formulare zu Briefen. Auszüge aus Briefen des Hochmeisters Paul von Rusdorf 1422—1423) verschollen.

4) Die näheren Umstände der Zeno-Mission schildert ausführlich H. Bellée: Polen und die römische Kurie in den Jahren 1414—1424 (Osteuropäische Forschungen, H. 2), Berlin, Leipzig 1914, S. 73—86.

5) Lückera th (wie Anm. 3), S. 26 mit Anm. 16. Vgl. auch Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. Hauptabteilung = Historisches Staatsarchiv Königsberg, Ordensbriefarchiv (weiterhin zit.: OBA) 3746. Die Briefschaften des OBA werden angegeben mit den Nummern des Regestenwerkes: Regesta historico-diplomatica Ordinis S. Mariae Theutonicorum 1198—1525, Teil I/1/1, bearb. von E. Joachim, hrsg. von W. Hubatsch, Göttingen 1948. Sigismund erhoffte sich, daß der Orden die hussitenfreundlichen Polen und Litauer in Schach halte und ihn militärisch gegen die Ketzler unterstütze. Zu seiner aus Drohung und Verlockung gemischten Einwirkung auf den Orden vgl. etwa den Bericht Jost Quednaus an Hochmeister Michael Kuchmeister vom 2. Februar 1422, in: Liv-, Esth- und Curländisches Urkundenbuch nebst Regesten, Bd. V, hrsg. von F. G. von Bunge, Riga 1867 (Neudr. Aalen 1974), Nr. 2581 (zit.: LUB).

6) Bellée (wie Anm. 4), Urkundenanhang, Nr. 23; LUB V, Nr. 2604; Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie, Bd. III/1, bearb. von H. Koeppe n (Veröff. der Niedersächsischen Archivverwaltung, H. 21), Göttingen 1966, Nr. 116 (weiterhin zit.: Berichte).

7) An diesem politischen Ziel hielt der Orden auch im Winter 1422/23 fest, als der Friedensvertrag mit Polen-Litauen zwar bereits durch die Unterhändler abgeschlossen, aber noch nicht durch die Herrscher ratifiziert war, so daß die endgültige Entscheidung noch ausstand. Vgl. die diesbez. Äußerungen des Konvents von Rehden und des Hochmeisters bei Neitmann (wie Anm. 1), S. 60, 71.

8) Vgl. W. Nöbel: Michael Kuchmeister (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 5), Bad Godesberg 1969, S. 112—116; Lückera th (wie Anm. 3), S. 20—24.

stellungen hegte, wie ihre Anerbieten vom Mai 1422 nochmals belegten. Der polnische König verlangte als Maximum, daß der Orden ihm Pommerellen, das Kulmerland, die Burg Nessau und die Michelau abtrete, als Minimum, daß der Orden ihm die Michelau und Nessau abtrete und Pommerellen und das Kulmerland gemäß Vasallenrecht von ihm zu Lehen nehme. Witold forderte die Mitte der Memel als dauerhafte Grenze vom Einfluß der Schwenta in die Memel bis ins Frische Haff, also einschließlich der Burg Memel. Von einer Rückgabe Schamaitens war keine Rede.⁹ Die polnisch-litauischen Ansprüche liefen auf eine Zertrümmerung des Ordensstaates hinaus, da sie ihn seiner wichtigsten, der westlichen Landesteile beraubt oder wenigstens diese Gebiete in rechtliche Abhängigkeit von Polen gebracht hätten. Vollständig umschlossen von polnisch-litauischem Territorium und damit vom Reich abgekapselt, wäre Preußen seinen Widersachern ausgeliefert worden und hätte faktisch seine politische Selbständigkeit verloren. Auf der anderen Seite forderte der Orden, daß Polen und Litauen endlich die wichtigste Bestimmung des Thorner Friedens über die bloß zeitweise Abtretung Schamaitens anerkannten. Dann hätte er nach dem Tode der beiden jetzigen Herrscher hoffen dürfen, wieder in seinen alten Besitzstand vor der Tannenberger Niederlage entsprechend den Verträgen von Sallinwerder 1398 und Razianz 1404 eingesetzt zu werden. Die Revindikationspolitik des Ordens konzentrierte sich, formal gesehen, auf die Beachtung und Verwirklichung des Vertrages von 1411. Der Sache nach strebte sie aber zu dem Zustand vor 1410 zurück, weil der Thorner Friede mit Ausnahme Schamaitens den Status quo ante bewahrt hatte. Die Politik Pauls von Rusdorf wurde so insgeheim von dem Wunsch beseelt, zu den goldenen Zeiten des Ordens unter Hochmeister Konrad von Jungingen (1393—1407) zurückzukehren und an den damaligen Zustand wieder anzuknüpfen.

Die beiden Standpunkte waren miteinander unvereinbar, und da keine Seite von ihrer Auffassung abwich, scheiterten die Verhandlungen zwangsläufig. Damit war der nächste Schritt in der Ereignisfolge voraussehbar geworden, und der Hochmeister sprach ihn bereits unmittelbar nach dem Abbruch der Tagfahrt an. Er fürchtete, „das wir kriges nicht mogen seyn obirhaben“.¹⁰ Rusdorf lehnte im Gegensatz zum Obersten Marschall Ulrich Zenger und anderen Gebietigern einen Präventivkrieg ab, weil er nicht als Angreifer und Verletzer des Breslauer Schiedsspruches hingestellt werden wollte. Aber die Warnungen vor den polnisch-litauischen Rüstungen seit Anfang Juni 1422 ließen einen Feldzug des feindlichen Heeres gegen das Preußenland nach dem Ablauf des Waffenstillstandes am 13. Juli erwarten.¹¹ Es war — unabhängig von der Frage, wer den ersten

9) Codex epistolaris Vitoldi magni ducis Lithuaniae 1376—1430, ed. A. Prochaska (Monumenta mediaevi historica res gestas Poloniae illustrantia, T. VI), Cracoviae 1882, Nr. 1005.

10) LUB V, Nr. 2604 (7. Juni 1422); Berichte III/1, Nr. 116 (12. Juni 1422).

11) Lückerrath (wie Anm. 3), S. 33 f.; S. Ekdahl: Der Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen im Jahre 1422, in: ZfO 13 (1964), S. 614—651, hier: S. 635.

Schuß abgäbe — absehbar, daß die Politik mit anderen als den bisherigen diplomatischen Mitteln fortgesetzt werden würde, daß jede Seite versuchen würde, im Krieg und durch den Krieg ihre politischen Absichten durchzusetzen. Und damit stellte sich für den Hochmeister die entscheidende Frage: Würden die Hilfsmittel des Ordensstaates und die seines Verbündeten Sigismund ausreichen, um Polen-Litauen militärisch zur Anerkennung der eigenen politischen Forderungen zu zwingen? Die nächsten Darlegungen stehen mithin unter der zweiten Kielmannseggschen Kategorie, der Frage nach den Mitteln, nach den militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Mitteln des Hochmeisters für seine Kriegführung.

Wendet man sich einer genaueren Analyse dieses Problems zu, schleichen sich sogleich leichte Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Entscheidungsfreudigkeit des Hochmeisters ein, wenn man seine beiden Schreiben an den livländischen Ordensmeister Siegfried Lander von Spanheim vom 7. Juni¹² und den Deutschmeister Eberhard von Saunshem und Landkomtüre verschiedener deutscher Balleien vom 12. Juni¹³ liest. Nachdem er die Verhandlungen zu Schulitz und ihr Scheitern geschildert und daraus die Gefahr des Kriegsausbruches gefolgert hat, lassen seine Überlegungen für das weitere Vorgehen klare Vorstellungen mit der Absicht zu entschlossenem Handeln vermissen. Zwar forderte er den Deutschmeister und den livländischen Ordensmeister dazu auf, sich auf den Krieg vorzubereiten und dem preußischen Orden in seiner großen Not zu Hilfe zu kommen, aber präzisere Anweisungen zur Rüstung für den drohenden Kampf fehlten. Dabei wäre eine schnelle Entscheidung über den Kriegsplan schon aus zeitlichen Gründen unbedingt notwendig gewesen, gerade wenn die Polen noch nicht einmal, wie der Hochmeister befürchtete, das Waffenstillstandsende am 13. Juli zur Kriegseröffnung abwarten würden.¹⁴ Eigene Vorstellungen äußerte Paul von Rusdorf jedoch nicht, sondern er bat nur den livländischen Ordensmeister darum, alsbald eine Zusammenkunft mit seinen Gebietigern zu halten, mit ihnen die Möglichkeiten der Kriegführung zu bedenken und sie ihm mitzuteilen, damit er ihren Vorschlag mit seinen eigenen Gebietigern erörtern könne. Außerdem sollten der Deutschmeister und der Komtur von Brandenburg Ludwig von Landsee auf dem bevorstehenden Reichstag zu Regensburg am 1. Juli den römischen König, die Kurfürsten und andere Fürsten um Rat fragen. Angesichts der langen Kommunikationswege mußten jedoch bei einem solchen Verfahren viele Wochen ins Land gehen, ehe die Ratschläge aus Livland und aus dem Reich die Marienburg erreichten, voraussichtlich kaum noch vor dem kritischen St. Margarethentag, und danach hätte sich der Hochmeister mit seinen Verbündeten erst noch endgültig abstimmen müssen, so daß er wegen der fehlenden eigenen Strategie kostbare Zeit verlor.

Und auch in den folgenden Wochen vermochte er sich nicht zu einem eindeutigen Plan für die Kriegführung des Ordens durchzuringen, auf

12) LUB V, Nr. 2604.

13) Berichte III/1, Nr. 116.

14) Weitere Belege für diese Befürchtung: OBA 3781; LUB V, Nr. 2613.

dessen Grundlage er klare Anweisungen hätte erteilen können. Am 26. Juni 1422, als er immer noch mit einem feindlichen Angriff vor dem 13. Juli rechnete, wies er zwar den livländischen Ordensmeister an, mit all seiner Macht in Litauen einzufallen und darin geraume Zeit zu verweilen, sobald Witold das Land wegen seines Zuges nach Preußen geräumt habe. Wenn der Ordensmeister es jedoch für besser hielt, nach Preußen zu ziehen und dort die Ordensfeinde zu bekämpfen, würde er einen solchen Entschluß begrüßen, da dadurch die verarmten Bewohner Preußens sehr gestärkt würden.¹⁵ Deutete Rusdorf seine eigene Präferenz innerhalb der von ihm erwogenen strategischen Alternative hier nur ziemlich verklausuliert an, so äußerte er sich bestimmter am 10. Juli, als Jagiełło und Witold bereits ihre Heere sammelten und er schon ihren Marsch auf ihren alten Wegen in das Osteroder Gebiet oder ins Kulmerland befürchtete. Den Einfall der Livländer nach Litauen erörterte er zwar nochmals als Möglichkeit, aber angesichts der polnisch-litauischen Konzentration gegen das Preußenland hielt er es für nützlicher, wenn der Ordensmeister selbst nur mit geringen Kräften die livländische Grenze bewache und ansonsten den Landmarschall Walrabe von Hunsbach und die anderen Gebietiger mit aller Macht, die er entbehren könne, nach Preußen schicke; ihre Verpflegung und das Futter für ihre Pferde werde er dort sicherstellen. Aber die notwendige Konsequenz aus seiner Überzeugung zog Rusdorf nicht, denn anstatt dem Ordensmeister in diesem Sinne einen bestimmten Befehl zu erteilen, stellte er ihm wie schon am 26. Juni anheim, mit den Seinigen über den besten Weg zu beraten; nach ihrem Entschluß werde er sich richten.¹⁶ Daß er im Grunde genommen die Entscheidung über den Einsatz der Livländer aus der eigenen Hand gab, zeigt noch deutlicher sein Brief vom 19. Juli, als nach seinen Informationen Witold mit seinem Heerbann sein Land bereits verlassen hatte. Er überließ es dem Ordensmeister, ins feindliche Litauen einzubrechen und es aufs höchste zu beschädigen, wenn er, was Rusdorf vermutete, schon an der livländischen Grenze liege. Für den Fall aber, daß der Ordensmeister sich noch daheim aufhalte, bat er ihn wiederum, den Landmarschall mit Ordensbrüdern, Dienern, Dienstpflichtigen und der besten verfügbaren Mannschaft nach Preußen zu entsenden.¹⁷ Am selben Tag wandte sich der Hochmeister an die Ritterschaft von Harrien und Wierland und forderte sie dazu auf, so schnell wie möglich nach Preußen zu reiten, um dem wegen seines Christentums angefochtenen Orden beizustehen. Speisen, Trank und Futter für die Pferde werde er in Preußen für sie bereitstellen, während sich auf ihrem Zuge durch Livland der livländische Ordensmeister darum bemühe.¹⁸

Der verspätete Aufruf des Hochmeisters erwies sich zu seinem Glück dank der rascheren und entschlosseneren Initiative des Ordensmeisters als überflüssig, denn die Vertreter Revals und der gemeinen Ritterschaft von Harrien und Wierland hatten ihm vielleicht schon am 24. Juni in Reval an-

15) LUB V, Nr. 2613.

17) LUB V, Nr. 2623.

16) LUB V, Nr. 2619.

18) LUB V, Nr. 2622.

läßlich der Huldigung für den neuen Hochmeister Kriegsbeistand für Preußen zugesagt.¹⁹ Siegfried Lander von Spanheim richtete zwei Heerhaufen des Ordens aus, von denen der Hochmeister am 2. August den ersten unter Führung des Landmarschalls demnächst in Preußen erwartete; er hatte ihm bereits Speise und Futter entgegenschicken lassen.²⁰ Der Abzug des zweiten Ordenstrupps unter dem Vogt von Karkus Tamme Wulf von Spanheim aus Riga verzögerte sich wegen der weiten Anmarschwege wohl etwa bis zum 15. August. Um den 17. August brach die Mannschaft aus Harrien und Wierland unter Führung zweier Hauptleute, des Ritters Otto von Brackel und des Ludeke Wacke, von Riga auf.²¹ Die beiden Heerhaufen des Ordens trafen nach dem Marsch auf dem Strandweg längs der Ostsee vor dem 3. September in Preußen ein.²² Obwohl Livland durch Hungersnot und Pest verelendet sei und er die Ordensburgen kaum bemannen und im Notfall verteidigen könne, hatte der Ordensmeister, wie er dem Hochmeister am 6. September schrieb, zwei Heere nach Litauen entsandt und plante, noch ein drittes auf den Weg zu schicken.²³ Heftigen Widerstand leisteten hingegen die ordensfeindlichen Prälaten Livlands, Erzbischof Johannes Ambundii von Riga und Bischof Dietrich Resler von Dorpat.²⁴ Sie lehnten es nicht nur gänzlich ab, selbst dem Orden Hilfe zu leisten, sondern sie hielten auch ihre Stiftsvasallen vom kriegerischen Beistand für den Orden ab, wozu diese an sich bereit gewesen wären. Der Erzbischof verbot seinem Stiftsvogt Jürgen Gudsluff bei Leib und Gut, mit dem Aufgebot des Komturs von Ascheraden nach Preußen zu reiten, wie er es beabsichtigt hatte. Der Bischof von Dorpat untersagte all seinen Rittern und Knechten bei Leib und Gut den Ritt nach Preußen und zwang sogar seinen Vasallen Klaus Üxküll, der bereits im Abmarsch mit dem Heerhaufen des Vogtes von Karkus begriffen war, zur Umkehr.²⁵

Der große Einsatz des livländischen Ordensmeisters verpuffte jedoch wirkungslos, denn die livländischen Heerhaufen erreichten den preußischen Kriegsschauplatz zu spät. Die am 17. September angeknüpften Verhandlungen zwischen dem Orden und seinen Gegnern führten innerhalb von zehn Tagen zum Abschluß eines Friedensvertrages seitens bevollmächtigter Unterhändler. Angesichts des Schweigens der reichlich fließenden Quellen nimmt Sven Ek d a h l sicherlich zu Recht an, daß die Liv-

19) Akten und Rezesse der livländischen Ständetage, 1. Bd. (1304—1459), bearb. von O. Stavenhagen und L. Arbusow jun., Riga 1907—1930, Nr. 306, S. 270.

20) LUB V, Nr. 2627. Die Führerschaft des Landmarschalls wird erwähnt in LUB V, Nr. 2633. Am 28. Juli war dem Hochmeister die Kriegserklärung des polnischen Königs zugestellt worden, LUB V, Nr. 2627.

21) LUB V, Nr. 2631, 2633, Reg. Nr. 3097; Akten und Rezesse (wie Anm. 19), S. 274, Anm. 1.

22) LUB V, Nr. 2633.

23) LUB V, Nr. 2634.

24) Vgl. B. J ä h n i g: Die Rigische Sache zur Zeit des Erzbischofs Johannes Ambundii (1418—1424), in: Von Akkon bis Wien, hrsg. von U. A r n o l d (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 20), Marburg 1978, S. 84—105, hier: S. 97—100.

25) LUB V, Nr. 2634. Vgl. Akten und Rezesse (wie Anm. 19), S. 274 f.

länder kaum mehr in die Kampfhandlungen eingegriffen haben.²⁶ Das Schicksal, zum Kampf gerufen worden zu sein, aber wegen dessen vorzeitigen Abbruchs gar nicht mehr zum Einsatz zu kommen, traf freilich nicht nur die Hilfstruppen des Ordens aus Livland, sondern auch die aus dem Reich. Deren Geschichte ist in höchstem Grade aufschlußreich, weil sie nicht nur wie bei den Livländern das Verhalten des Hochmeisters, sondern auch darüber hinaus grundsätzliche Probleme des Ordensstaates beleuchtet.

Nachdem Paul von Rusdorf im Mai 1422 den Komtur von Brandenburg Ludwig von Landsee ins Reich zum bevorstehenden Reichstag entsandt hatte, verbot er ihm in der Folgezeit mehrmals, für den drohenden Kampf Truppen gegen Sold anzuwerben. Er vertraute stattdessen darauf, daß Ritter „umb gotes und beschutzunge willen der cristenheit“ nach Preußen zögen. Nur für ihren lebensnotwendigen Bedarf versprach er zu sorgen; er wollte ihnen Speise, Trank und Futter stellen.²⁷ Den Deutschmeister und einige deutsche Landkomture wies er an, kriegstüchtige Leute, die sich durch den Besitz von Harnisch und Hengsten und durch ehrbare Geburt auszeichneten, in den Orden aufzunehmen und mit ihnen und anderen Ordensbrüdern Preußen zu Hilfe zu kommen, keinesfalls jedoch mit Söldnern, „went wir des soldes nicht vormogen“.²⁸ Als das preußische Landesaufgebot bereits an den Grenzen lag und Rusdorf mit dem Angriff des Feindes in den nächsten zwei oder drei Tagen rechnete, wandte er sich am 24. Juli erneut an König Sigismund, die Kurfürsten und die anderen Reichsfürsten. Polen sollte nach seinem Vorschlag sowohl von Ungarn als auch von Schlesien aus angegriffen werden, und ferner sollten die Reichsstädte und die wendischen Hansestädte dem Orden zu Hilfe eilen. Aber die Helfer hatten, wie Rusdorf ausdrücklich betonte, auf ihre eigenen Kosten einzugreifen, nicht gegen Sold des Ordens. Ein solches Verlangen begründete er damit, daß das Schicksal der heiligen Christenheit sich in der gegenwärtigen Lage im Ordensland entscheide.²⁹ Damit meinte er, wie sich seiner Instruktion an den Brandenburger Komtur vom 3. Mai entnehmen läßt, daß dem Orden eine ausschlaggebende Rolle für die Niederbringung der Hussiten zufiel. Polen und Litauer seien bislang nur durch die Furcht vor dem Ordensstaat davon abgehalten worden, den hussitischen Ketzern ihren mächtigen Beistand zu leisten. Und wenn der Vermittlungsversuch des päpstlichen Legaten Zeno zwischen dem Orden und Polen-Litauen scheitere, würden die Polen und die Litauer vielleicht Preußen überfallen, damit sie danach umso besser ohne Behinderung von

26) Ekdahl (wie Anm. 11), S. 643.

27) OBA 3781, 3830, 3901.

28) Berichte III/1, Nr. 116 (daraus das Zitat). OBA 3777, 3781 (Voigt, wie Anm. 3, S. 435, liest fälschlich aus dem Schreiben den Befehl zur Söldnerwerbung heraus). Ludwig von Landsee erfuhr vom Deutschmeister, daß er viele ehrbare Leute trotz ihrer Bewerbung wegen eines entgegenstehenden Verbotes Michael Kuchmeisters bislang nicht in den Orden habe aufnehmen und einkleiden können, OBA 3777.

29) OBA 3830.

dieser Seite aus die Ketzer retten könnten. Der deutsche König, alle Kurfürsten, Fürsten, Ritter und Knechte und Städte müßten dem Orden helfen, denn dafür, daß die Ketzerei vernichtet werde und das Königreich Böhmen wieder an Sigismund komme, wisse er mit seinen Gebietigern keinen anderen Weg, als daß „die grunt und worzel, von dannen die ketzer rath, trost und hulfe haben, ganz getilget werden“.³⁰

Der Komtur von Brandenburg mußte jedoch erfahren, daß er bei seinen Bemühungen um militärische Hilfe mit der Argumentation des Hochmeisters auf wenig Anklang stieß. Er betonte zwar, sich nach seinen Weisungen gerichtet zu haben. Aber welchen Trost könne er dem Hochmeister und dem Lande bringen, wenn er allein käme, da niemand oder nur wenige Leute „umb gotes willen“ mit ihm nach Preußen ziehen wollten?³¹ Bereits auf der Anreise zu dem nach Nürnberg verlegten Reichstag hatte er ausgeführt, daß vielleicht etliche dem Orden und der heiligen Christenheit zu Hilfe reiten würden, daß aber sicherlich genug Leute kämen, wenn der Hochmeister zusichere, sie aus der Gefangenschaft auszulösen und ihre Verluste an Pferden zu ersetzen.³² Die Nürnberger Erlebnisse brachten ihn zu der Einsicht, daß die Fürsten und andere Helfer nur „uf euwre koste und zerunge“ ins Land kämen.³³ Das hieß vor allem, daß der Hochmeister ihnen nicht nur in Preußen Speise, Trank, Futter und anderen Bedarf bereitstellen mußte, was er ja schon zugesichert hatte, sondern darüber hinaus auch noch die Kosten für den Marsch vom Reich nach Preußen und logischerweise später für den Rückmarsch, „die zerung (. . .) uf dem wege“³⁴, zu tragen, also eine Art Reise- und Verpflegungsgeld aufzubringen hatte. Unter dem Eindruck der Vorstellungen Landsees rang sich Rusdorf nach langem Zögern zu einer halbherzigen Zusage durch. „Wir wellen uns gerne etwas der czerunge dirwegen“, schrieb er am 13. August dem Komtur³⁵, nachdem der Beginn der Kampfhandlungen schon länger als zwei Wochen zurücklag. Die vage Formulierung beweist, daß er sich nur widerwillig zu einer Änderung seiner Auffassung entschlossen hatte, und die Unbestimmtheit des Versprechens konnte Konflikte in sich bergen, wenn man sich über die genaue Höhe der Zuwendungen einigen mußte. Aber vorerst glaubte der Komtur, daß er mit dem hochmeisterlichen Angebot, „ettliche czerung“ zu geben, mehr Leute aufbringen werde.³⁶ Er und der Deutschmeister versprachen auf dem Reichstag allen Fürsten und allen anderen, die nach Preußen ziehen wollten, daß sie „frei zerung, koste und futter“ im Lande hätten.³⁷

Die Bemühungen der Ordensvertreter waren durchaus von Erfolg gekrönt. Nachdem die Nachricht vom Einfall des polnisch-litauischen Heeres

30) Deutsche Reichstagsakten, Bd. VIII, hrsg. von D. Kerler, Göttingen 1956, Nr. 175, §§ 4, 6. Ähnlich Berichte III/1, Nr. 116.

31) OBA 3901.

32) OBA 3777.

33) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 137. Ähnlich OBA 3901.

34) So Ludwig von Landsee in Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 138.

35) OBA 3869.

36) OBA 3901.

37) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 137.

in Preußen am 17. August in Nürnberg eingetroffen war, sicherten Pfalzgraf Ludwig bei Rhein und Erzbischof Dietrich von Köln zu, nach Abschluß des Reichstages persönlich mit ihrer Macht nach Preußen zu ziehen und den Schaden des Hochmeisters an seinen Feinden zu rächen. Am 27. bzw. 29. August reisten sie dann von Nürnberg in ihre Heimat ab, um dort Truppen zu sammeln. Außerdem durfte der Hochmeister noch von der Beteiligung vieler Grafen, Herren, Ritter und Knechte und der neuen Ordensritter, die am 24. August zu Nürnberg eingekleidet worden waren, ausgehen. Sie alle sollten sich am 27. September zu Erfurt mit dem Deutschmeister und Landkomtur von Elsaß, Marquart von Königsegg, und deren Aufgebot vereinigen und von dort gemeinsam nach Preußen aufbrechen.³⁸ Ludwig von Landsee rechnete am 29. August damit, daß auf Grund dessen dem Hochmeister innerhalb von sechs Wochen aus Deutschland „nicht vil mynner wenn czweythusent spies gutes rustigs folks“ in Preußen zur Verfügung ständen.³⁹ In seiner ersten Reaktion auf die Nachricht vom polnisch-litauischen Angriff versicherte König Sigismund, nach Ende des Reichstages und seiner anschließenden Rückkehr nach Ungarn von dort aus mit seiner Macht selbst ins Krakauer Land einzubrechen und es zu verheeren.⁴⁰ Ende August äußerte er, wenn er keine Türken in Ungarn vorfinde, werde er mit 1000 Speießen nach Preußen oder gegen Polen ziehen.⁴¹ Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg, der dem Orden hundert Speiße in Aussicht gestellt hatte⁴², wurde von Sigismund beauftragt, auf seinem Weg nach Preußen die Hansestädte zur Hilfe für den Orden mit ihrer „maght, volk, cost und andern notdurfftigen dingen“ aufzufordern, da der polnisch-litauische Krieg sich nicht nur gegen die heilige Kirche und den christlichen Glauben, sondern auch gegen den römischen König und das Reich richte, zu denen der Hochmeister und sein Orden, „der gantzen cristenheid und cristenglaubens an synen ortern und alles adels getruer ufenthalt“, gehörten.⁴³ Ebenso ermahnte der König die Herzöge von Mecklenburg und Pommern-Stettin, die Bischöfe von Kammin und Dorpat sowie den Erzbischof von Riga zur Hilfeleistung für den Orden.⁴⁴ Die Ritter und Knechte des Erzbischofs von Magdeburg und der Lausitzer Lande suchte er schließlich auch für den Ritt nach Preußen zu gewinnen.⁴⁵

38) Ebenda, Nr. 137, 138; OBA 3898.

39) OBA 3901. Die Zahl nennt auch Sigismund in seinem Schreiben vom 3. September an den Hochmeister, Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 178.

40) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 137.

41) OBA 3901.

42) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 137.

43) Die Recesses und andere Akten der Hansetage von 1256—1430, Bd. VII, hrsg. von K. K o p p m a n n, Leipzig 1893, Nr. 544.

44) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 138, 178. Der Hochmeister hatte dem König von Warnungen berichtet, wonach sich der Bischof von Kammin und der Herzog von Pommern-Stettin mit ihrer Mannschaft zur Leistung von Kriegshilfe zum polnischen König begeben hätten, OBA 3875. Zur Haltung der Pommern und Mecklenburger vgl. L ü c k e r a t h (wie Anm. 3), S. 35, zu der der livländischen Prälaten oben S. 336 mit Anm. 24.

45) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 178.

Die Bereitwilligkeit zu einer umfassenden militärischen Unterstützung für den preußischen Orden, die der Komtur von Brandenburg mit königlichem Beistand erreicht hatte, scheint ihn in seinen Hoffnungen auf einen bedeutenden politischen Erfolg des Ordens in seinem Kampf mit Polen-Litauen geradezu beflügelt zu haben. Viele redliche Leute zögen jetzt lieber nach Preußen als nach Böhmen gegen die Hussiten, wenn man ihnen nur die erforderliche Wegzehrung gebe. Mit 10 000 Gulden könne er soviel Volk aufbringen, daß der Orden damit und mit seinen anderen Helfern seine Widersacher so zu schwächen vermöge, daß sie ihn fortan in Ruhe und Frieden ließen. Landsee glaubte, bei einem entsprechenden Befehl des Hochmeisters eine Anleihe in solcher Höhe zustandebringen zu können.⁴⁶ Freilich war er sich durchaus darüber im klaren, daß der Orden in einer militärisch ungünstigen Ausgangslage steckte, durch die eigene Schuld des Hochmeisters, wie er diesem unumwunden zu verstehen gab. Von der Absage des polnischen Königs und seinem Einfall in das Ordensland hatte er in Nürnberg erst am 17. August durch einen hochmeisterlichen Brief vom 6. August erfahren, also erst drei Wochen nach Kriegsbeginn. Wenn er durch den Hochmeister eher Kenntnis von den Vorgängen erhalten hätte, so führte er aus, hätte auf seine Werbung hin jetzt schon viel mehr Volk auf dem Wege nach Preußen sich befinden können. „Nu euwir feinde ieczunt im lande legen, wie mag ich nu die luwte so plutzlichen ufbrenge[n], sundirlichen nu ir keinen solt wellet geben?“⁴⁷ Da die Söldner sich erst noch ausrüsten mußten, war der Hochmeister gezwungen, noch einige Wochen fast allein mit den eigenen preußischen Kräften sich zu behaupten. Gerade darin sah Landsee den kritischen Punkt für seine hoffnungsvollen Planungen. Zum einen rechnete er mit der Möglichkeit, daß die Untertanen des Ordens von ihrer Unterstützung ablassen und nicht lange genug ausharren würden, bis die Rettung aus dem Westen erschien. Überhaupt hielt er es für besser, wie er dem Hochmeister erläuterte, mit den Söldnern den Gegner niederzuringen, „ane grosse hulfe euwir eigen luwte“.⁴⁸ Diese Äußerung ist nicht eindeutig interpretierbar. Entweder hielt er den Beistand der Ordensleute auf Dauer für unzuverlässig, worin ihm die spätere Entwicklung recht gegeben hat, oder er befürchtete, daß der Orden in zu große Abhängigkeit von den preußischen Ständen geraten könnte. Auf den Brandenburger Komtur dürfte es auch zurückgehen, daß Sigismund in seinem Brief vom 3. September an den Hochmeister an einer Stelle einen möglichen Abfall der Ritterschaft des Kulmerlandes und der Thorner in Erwägung zog und daß er deshalb in eigenen Schreiben beide dazu ermahnte, getreulich und fest zum Orden zu halten.⁴⁹

Zum anderen befürchtete Ludwig von Landsee, daß der Hochmeister unter dem Eindruck der schweren Schädigungen und Verwüstungen im Preußenland durch die feindlichen Truppen mit den polnischen und litauischen Herrschern einen Waffenstillstand abschließen könne, bevor die

46) Ebenda, Nr. 138.

47) Ebenda, Nr. 137.

48) Ebenda, Nr. 138.

49) Ebenda, Nr. 178.

Hilfstruppen aus dem Reich in Preußen eingetroffen wären. In beschwörenden Formulierungen suchte er den Hochmeister davon abzuhalten, indem er auf die positiven Folgen im Falle des Ausharrens und auf die negativen Konsequenzen im Falle der Aufgabe hinweis. Mit der starken militärischen Unterstützung aus dem Westen könne der Orden den erlittenen Schaden an den Polen und Litauern in gleichem oder noch stärkerem Maße rächen, da dann die Sache des Ordens zum besseren gewendet, er durch einen Frieden auf lange Zeit getröstet werde und nicht mehr wie seit 1414 jährlich mit einem feindlichen Überfall rechnen müsse. Mit anderen Worten: Ludwig von Landsee hoffte, Polen und Litauern einen entscheidenden militärischen Schlag zu versetzen und so den Ordensstaat durch einen günstigen Friedensschluß auf Dauer vor Angriffen zu sichern. Wenn der Hochmeister sich hingegen vorzeitig auf einen Beifrieden einlasse und somit die Truppen aus dem Reich umsonst nach Preußen kämen, wie es unter Kuchmeister geschehen sei, würde man durch ein solches Verhalten den Unwillen der Fürsten und Herren heraufbeschwören und sie auf ewige Zeiten dem Orden abspenstig machen. Der Komtur scheute sich nicht, den Hochmeister mit einem von diesem selbst in anderem Zusammenhang verwendeten Argument zu konfrontieren, um ihn zu militärischer und politischer Standhaftigkeit anzuhalten. König Władysław-Jagiełło von Polen und Großfürst Witold von Litauen gälten in allen Ländern der Christenheit als Helfer der Ketzer, so daß es dem Hochmeister „nicht fuglich“ sei, mit ihnen „frede und sune zu machen widder das cristenthum“.⁵⁰

Während Ludwig von Landsee in Nürnberg von einem großen Sieg träumte, sofern der Orden nur nicht vor großen finanziellen Anleihen zurückschrecke, lösten seine Erfolge in der Anwerbung von Truppen bei Paul von Rusdorf in der Marienburg eben wegen der finanziellen Folgekosten schwere Bedenken aus. Ihn plagten dieselben zwiespältigen Gefühle wie den Komtur von Schwetz, der sich am 1. September zwar über die bevorstehende Ankunft der Gäste befriedigt zeigte, aber zu Recht vermutete, daß der Hochmeister zu ihrer Bezahlung nicht genug Geld habe und sich noch ihre Feindschaft zuziehen könne, wenn er sie wieder aus dem Lande bringen wolle.⁵¹ Anfang September standen im Lande 1500 Pferde von Gästen, die besoldet werden mußten, so daß sich Rusdorf schon sehr besorgt um das Geld für die Neuankömmlinge äußerte.⁵² Solche wurden ihm in größerer Zahl in Aussicht gestellt. Ludwig von Landsee kündigte am 19. September von Neumarkt bei Breslau aus an, mit nicht viel weniger als tausend Pferden am 30. September Frankfurt/Oder zu erreichen und dann innerhalb kurzer Zeit in Preußen zur Rache an den Ordensfeinden einzutreffen.⁵³ In mehreren Briefen an den Deutschmeister

50) Ebenda, Nr. 137 (daraus das Zitat), 138.

51) OBA 3904.

52) LUB V, Nr. 2633. Zur Korrektur der falsch gelesenen Zahl im LUB siehe Ekdahl (wie Anm. 11), S. 644, Anm. 164. Ebenda, S. 643, Näheres zu den ersten Söldnern ab Ende August/Anfang September.

53) *Scriptores rerum Silesiacarum*, Bd. 6, hrsg. von C. Grünhagen, Breslau 1871, Nr. 36.

gab Rusdorf seiner Befürchtung Ausdruck, daß zuviel Volk und Gäste nach Preußen kämen — sie würden dem Orden zu hohe Kosten verursachen.⁵⁴ Der Deutschmeister war über die schwankende Haltung des Hochmeisters entrüstet, wie aus seinem Brief vom 26. September an den Obersten Marschall hervorgeht.⁵⁵ Würden die Äußerungen des Hochmeisters bekannt werden, würde man damit bei Fürsten und Herren unwiederbringlichen Schaden anrichten. Daher habe er die Botschaften des Hochmeisters für sich behalten und nicht weitergeleitet; sie müßten verheimlicht werden. Als der königliche Gesandte Wend von Eylenburg im September 1422 mit militärischen Angeboten Sigismunds den Hochmeister in Preußen aufsuchte, konnte dieser einer klaren Entscheidung nicht länger ausweichen.⁵⁶ Sigismund forderte Rusdorf dazu auf, ihm zur Bezahlung seiner Truppen in Stärke von 2000 Speißen etwas Geld zu übersenden. Die Antwort kam einem Offenbarungseid gleich. Die Kriegsschäden seien zu groß; die bisher aufgewandten Kosten für die Ritter hätten ihn so sehr entblößt, daß er über keine weiteren Mittel mehr verfüge. Gern ging der Hochmeister auf den Vorschlag Sigismunds ein, einen Frieden zwischen dem Orden und Polen-Litauen in Verhandlungen zu vermitteln, „went wir des kriges mit sulcher czerunge und kosten uns zo sere emploset haben“.

2. Die Gäste in Preußen im Winter 1422/23 und ihre Geldforderungen

Trotz aller Anstrengungen war bis dahin der Krieg ungünstig verlaufen.⁵⁷ Das polnisch-litauische Heer hatte Ende Juli die Südgrenze der

54) Daß der Friedensschluß am Melno-See den Hochmeister aus seiner zwispältigen Lage befreit habe, wie R. ten Haaf: *Deutschordensstaat und Deutschordensballeien* (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, H. 5), Göttingen 1951, S. 47, zu dieser Äußerung Rusdorfs meint, trifft nicht zu, vgl. unten S. 343 f.

55) OBA 3927.

56) OBA 1467: Bruchstück eines undatierten Briefes des Hochmeisters an Sigismund. *Regesta* (wie Anm. 5), Nr. 1467, fälschlich zu 1410, richtig zu 1422 *Ekdahl* (wie Anm. 11), S. 650, Anm. 192. Am 29. August berichtete der Komtur von Brandenburg, daß Sigismund Eylenburg mit dem Reichsbanner nach Preußen entsende, OBA 3901. Der Brief des Komturs vom 27. August aus Nürnberg traf am 14. September in Marienburg ein, Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 138, Vorbemerkung. Nach seiner Abreise aus Preußen begegnete Eylenburg dem Zug des Pfalzgrafen, des Kölner Erzbischofs und des Deutschmeisters, die gerade das Gerücht vom Abschluß des ewigen Friedens (27. September) gehört hatten. Am 7. November erwähnt Sigismund die Rückkehr Eylenburgs an seinen Hof in Wien. OBA 3960. O. Israel: *Das Verhältnis des Hochmeisters des Deutschen Ordens zum Reich im 15. Jahrhundert* (Wissenschaftliche Beiträge zur Geschichte und Landeskunde Ostmitteleuropas, Bd. 4), Marburg 1952, Anhang Nr. 26. Eylenburgs Verhandlungen mit dem Hochmeister müssen demnach in der zweiten Septemberhälfte stattgefunden haben.

57) Für den Kriegsverlauf vgl. die ausgezeichnete detaillierte Untersuchung *Ekdahls* (wie Anm. 11), dessen Analyse ich hier folge. Den nicht näher begründeten Vorbehalt *Lückerahts* (wie Anm. 3), S. 42, A. 144, gegen seine Arbeit kann ich nicht teilen.

Komturei Osterode überschritten und war ins Kulmerland eingefallen, in der Erwartung, den Orden wie 1410 zu einem Entscheidungskampf zu stellen. Paul von Rusdorf hielt jedoch seine zahlenmäßig weit unterlegenen Truppen in den preußischen Burgen zurück und zwang so den Gegner, sich auf die Belagerung einzelner fester Plätze zu konzentrieren. Die Wirkung seiner Strategie war jedoch zwiespältig. Einerseits ließ er Władysław-Jagiello und Witold ins Leere laufen und vermied so offensichtlich unter dem unauslöschlichen Eindruck der Erfahrung von 1410 eine große Feldschlacht mit dem Risiko einer zweiten Niederlage Tannenberger Ausmaßes. Andererseits gab er das flache Land preis und mutete damit der Bevölkerung schwere Opfer zu, denn Polen und Litauer wandten die üblichen Methoden der mittelalterlichen Fehdeführung an, d. h. sie verwüsteten, plünderten und brandschatzten erbarmungslos das Kulmerland, die Bistümer Kulm und Pomesanien sowie das Osteroder Gebiet und Teile der Komturei Christburg. Je länger der Kampf sich hinzog, desto mehr verzweifelten die Dienstpflichtigen des Ordens an der Zukunft ihrer Heimat, und sie rieten schließlich zur Aufgabe des Kampfes auch unter Verzicht im Friedensschluß. Ihre Erbitterung ging so weit, daß sie für den Fall der Ablehnung dem Hochmeister und dem Orden mit ihrem Abfall von der Herrschaft drohten. Hält man sich dazu noch die obigen Ausführungen vor Augen, so trifft die Vermutung mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu, daß der Landesherr sich nicht nur wegen des ständischen Widerstandes gegen die Fortführung des Krieges, sondern auch wegen seiner katastrophalen Finanzlage zum Friedensschluß durchgerungen hat.⁵⁸ Am selben 27. September, an dem in Erfurt die Truppen der beiden Kurfürsten des Deutschmeisters sich versammeln sollten, wurde am Melno-See im Kulmerland durch bevollmächtigte Unterhändler der vorläufige Friede vereinbart.⁵⁹

Ihr Vertrag sah die Besiegelung und den Austausch der herrscherlichen Ratifikationsurkunden für den 2. November vor. Im Monat Oktober wurde aber innerhalb des preußischen Ordens darüber diskutiert, ob man nicht wegen der ungünstigen Friedensbedingungen, d. h. wegen der endgültigen Abtretung Schamaitens und Nessaus, die Wiederaufnahme des Kampfes wagen solle. Paul von Rusdorf entschloß sich schließlich, einerseits gegenüber Polen-Litauen die Ratifizierung zu verweigern und Nachbesserungen des Vertrages zu verlangen und andererseits mit König Sigismund über das weitere Vorgehen und damit auch über die mögliche Weiterführung des Krieges zu beraten.⁶⁰ Wegen der offenen Situation mußte er jedoch in Kauf nehmen, daß die angesprochenen Helfer des Ordens ihren Marsch nach

58) Ekdahl (wie Anm. 11), S. 649 f.

59) Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen im 15. Jahrhundert, 1. Bd., hrsg. von E. Weise, Marburg 1970, Nr. 152.

60) Vgl. dazu im einzelnen Neitmann (wie Anm. 1), S. 54–63. Bellées Annahme, daß der Orden den Friedensschluß vom 27. September nicht auf richtig meinte und daß er nur das Heranrücken der Verstärkungen abwarten wollte (wie Anm. 4, S. 92), verkennt dessen Schwierigkeiten.

Preußen nicht abbrechen und sich nicht zur Umkehr bewegen ließen. Zwar machte der vorliegende Friedensvertrag es manchem leicht, sich zurückzuziehen. Erst am 3. Oktober traten die Bevollmächtigten der Hansestädte Lübeck, Stralsund, Wismar, Lüneburg, Stettin, Greifswald und Rostock in Rostock zur Beratung des königlichen Hilfesuchts für den Orden, das Herzog Erich von Sachsen-Lauenburg schon am 5. September von Lüneburg aus Lübeck übermittelt hatte⁶¹, zusammen. Die Entwicklung war darüber hinweggerollt, und diesmal fiel den Hansestädten eine schnelle Reaktion nicht schwer. Sie hätten vom ewigen Frieden des Ordens mit seinen Feinden und deren Abzug aus Preußen erfahren, schrieben sie dem Herzog, „also dat uns duncket, dat nyn nod en sii, dat wii uns to desser tiid mit den dingen vûder bekummeren en dorven.“⁶²

Andere Helfer des Ordens gaben ihren Zug nach Preußen jedoch trotz der veränderten Lage nicht auf. Nachdem die beiden Kurfürsten von Köln und von der Pfalz in Stettin⁶³ vom Friedensschluß erfahren hatten, ließen sie sich durch die Bitten des Deutschmeisters, der offenbar das Abkommen noch nicht für endgültig hielt, dazu bewegen, mit ihrem Volk oder Teilen davon weiter nach Preußen zu reiten.⁶⁴ Am 28. Oktober erreichten sie die Marienburg.⁶⁵ Und im November und Dezember 1422 fanden sich in Preußen noch weitere, aus der Sicht des Hochmeisters unliebsame Gäste ein, die er jedoch wegen der ungeklärten politischen Situation nicht einfach nach Hause schicken konnte. Der Landkomtur von Elsaß kam mit seinen Leuten erst mit großer Verspätung an; am 20. November betrat er Schlochau.⁶⁶ 115 Pferde führte er mit sich.⁶⁷ Anfang Dezember erfuhr der Hochmeister, daß Herzog Heinrich IV. (der Reiche) von Bayern-Landshut sich mit 800 Pferden der Neumark näherte. Er berief sich für seinen Zug auf einen Befehl Sigismunds.⁶⁸ Rusdorf ver-

61) Hanserezepte (wie Anm. 43), Nr. 545, 546.

62) Ebenda, Nr. 550, § 8, 551.

63) OBA 3983.

64) OBA 3960.

65) Conrad Bitschin: Fortsetzung von Peter von Dusburgs Chronik, c. 34, in: *Scriptores rerum Prussicarum*, hrsg. von Th. Hirsch, M. Toeppen, E. Strehlke, 3. Bd., Leipzig 1866 (Neudruck Frankfurt am Main 1965), S. 489 f. Nachdem dem Komtur von Schlochau die Ankunft der Fürsten in seinem Gebiet für den 18. oder 19. Oktober in Aussicht gestellt worden war, beschwerte er sich am 16. Oktober beim Hochmeister über die verspätete Benachrichtigung, weil er jetzt nur drei Tage zur angemessenen Bewirtung der hohen Gäste und ihrer Haufen brauen und backen könne, OBA 3944.

66) OBA 3970.

67) LUB V, Nr. 2655.

68) LUB V, Nr. 2655. Vgl. auch OBA 3998 und *Regesta Imperii*, Bd. XI, hrsg. von W. Altmann, Innsbruck 1896—1900, Nr. 5995. Die Preußenfahrt des Herzogs 1422/23 schildert auf der (unzureichenden) Grundlage von Voigts Geschichte Preußens (wie Anm. 3) und einer bayerischen Chronik des frühen 15. Jahrhunderts („*Chronica Husitarum*“ des Augustinerchorherren Andreas von Regensburg) G. Cuny: Die beiden Preußenfahrten Herzog Heinrichs des Reichen von Bayern und Bartholomäus Boreschau, in: *Zs. des Westpreußischen Geschichtsvereins* 59 (1919), S. 135—161, hier: S. 152—155. Andreas von Regensburg schreibt: „*Heinricus autem dux Bavarie (...) proficisci iter aggredi noluit, nisi certus esset de futuro bello. Qui auditis diversis rumoribus iam pacem, iam bellum futurum famantibus certificatus tandem de futuro bello iter in die*

suchte diesmal, den unerwünschten Helfer loszuwerden. Er ließ ihm mitteilen, im Lande sei kein Futter vorhanden. Er hätte ihn „gerne wederkerig gemacht. Is hat uns nicht mocht helfen.“ Am 25. Dezember mußte er dem livländischen Ordensmeister melden, daß der Herzog mit 320 Pferden wohl am folgenden Tag in Schlochau eintreffen und von dort weiter nach Marienburg reiten werde.⁶⁹

Die Reaktion des Hochmeisters wird verständlich, wenn man seine Erfahrungen mit den Truppen im letzten Quartal des Jahres 1422 berücksichtigt. Die Gäste erwiesen sich für das verarmte Land als eine fast untragbare Last. Sie mußten ernährt und unterhalten werden und bürdeten damit dem Ordensstaat über die Kriegskosten hinaus zusätzliche hohe finanzielle Lasten auf, wo doch seine Finanzkraft weitgehend erschöpft war.⁷⁰ Der Hauskomtur von Königsberg war beauftragt, den Pfalzgrafen Ludwig und sein Volk in der Stadt unterzubringen und zu versorgen. Aber er hatte kein Geld mehr, denn seine Mittel waren durch die Beherbergung livländischer Truppen im September 1422 und überhaupt durch den Krieg aufgezehrt worden. Er wandte sich daher an den Hochmeister um finanzielle Hilfe, damit er auf dem Lande Ochsen und Schweine für den Unterhalt des Kurfürsten und seiner Gewappneten kaufen konnte.⁷¹ Als der Hochmeister Geld vom Elbinger Komtur einforderte, erklärte der sich dazu außerstande. Er habe große Ausgaben für den Kölner Erzbischof zu tätigen, zumal er 180 Pferde versorgen müsse, anstatt wie ursprünglich vorgesehen nur 110.⁷² Mitte Dezember bekam der Komtur wider seinen Willen weiteren Zuzug. Nachdem in Preußisch Mark die Sterbefälle sich gehäuft hatten, brachen die dortigen Gäste nach Elbing auf, obwohl in der Stadt schon für die Pferde der alten Gäste nicht genügend Futter bereitstand.⁷³ Der Landkomtur von Elsaß mußte mit seinen 120 Pferden die

Clementis (1422 Nov 23) versus Brusciam aggreditur“. Zitiert ebenda, S. 153, Anm. 3. Bei streng wörtlichem Verständnis müßte man die Bemerkung verwerfen; sie könnte jedoch bei freierer Auslegung darauf hindeuten, daß Sigismund im November 1422 eine Wiederaufnahme des Kampfes noch erwog und deshalb den Herzog trotz des schon bekannten Friedensschlusses in den Osten schickte. Herzog Heinrich war bereits zu Zeiten Heinrichs von Plauen, vermutlich kurz nach dem Thorner Friedensschluß vom 1. Februar 1411, mit einem Aufgebot nach Preußen gezogen, ebenda, S. 142—149. Cunys Ausführungen über Aufenthaltszeit und -dauer des Herzogs im Ordensland entbehren allerdings einer ausreichenden Begründung.

69) LUB V, Nr. 2658. Die spätere Klage des Herzogs gegen den Orden erwähnt 400 Pferde, vgl. S. Ekdahl: Die Schlacht bei Tannenberg, Bd. I (Berliner Historische Studien, Bd. 8), Berlin 1982, S. 95, A. 31.

70) Im September 1422 hatten die Stände gegen die Fortsetzung des Krieges u. a. damit argumentiert, daß das verwüstete Land für weitere Gäste nicht das notwendige Maß an Futter, Trank und Lebensmitteln aufbringen könne, s. Israel (wie Anm. 56), Anhang, Nr. 25, §§ 8—9. Daß sie damit nicht ganz unrecht hatten, zeigte der Winter 1422/23.

71) OBA 3966, 3967. Die beiden Briefe zeigen anschaulich die Probleme des Quartiers und der Versorgung der Gäste.

72) OBA 3973.

73) OBA 4002; vgl. auch LUB V, Nr. 2658.

Stadt Bütow verlassen, weil es dort an Futter gebrach. Der Hochmeister schickte ihn nach Tuchel, aber dort war noch weniger Futter vorhanden. Im Haupthaus des Ordens, in der Marienburg, war man wegen dieses Mangels gezwungen, die Pferde des Hochmeisters und des Konvents in die Wälder zu treiben. Konsequenz für den Hochmeister: „Solden wir hirnehest uns schicken zu eim ernsten ritte, wir konden is nicht geenden“.⁷⁴

Schließlich verwickelten die Gäste den Orden auch noch mittelbar in einen Streit mit seiner eigenen Bevölkerung. Die fremden Kriegersleute waren in Bürgerhäusern oder Herbergen untergebracht, und dafür hatte der Orden gegenüber den Besitzern aufzukommen. Den jeweiligen Ordensbeamten fehlte es jedoch an den erforderlichen Geldmitteln, so daß sie die Kosten nicht bezahlen konnten und infolgedessen die Wirte gegen sich aufbrachten. Als der Hauskomtur von Elbing Ende November den Verzehr der Gäste und ihrer Pferde für die Alt- und Neustadt von Elbing abrechnete, war ihm zur Bezahlung nur etwa ein Viertel der benötigten Summe übergeben worden. Die Wirtsleute mahnten ihr Geld an⁷⁵, vergeblich. Am Heiligabend 1422 erneuerten sie gegenüber dem Hauskomtur ihre Forderung. Die ausgebliebene Bezahlung machte sie unwillig und verstärkte zugleich auch ihre Abneigung gegen die Gäste.⁷⁶ Diese wiederum beklagten sich bei Ordensbeamten darüber, daß man ihnen im Lande keinen guten Willen gezeigt habe.⁷⁷

Der Hochmeister konnte die Truppen solange nicht aus dem Lande schicken, bis er nicht in den Verhandlungen mit Sigismund die gemeinsame Politik gegenüber Polen-Litauen geklärt hatte. Die Gäste aus dem Reich zählten daher zu den Punkten, die der neue Oberste Marschall Ludwig von Landsee und Kurfürst Ludwig von der Pfalz im Dezember 1422 in Preßburg mit dem König besprachen. Zwischen dem Hochmeister und dem Kurfürsten war offensichtlich vor dessen Abreise bereits vereinbart worden, daß dessen Freunde und Diener in die Heimat zurückkehren sollten, falls es nicht mehr zu einem Winterfeldzug komme.⁷⁸ Tatsächlich führten die Verhandlungen zu diesem vom Hochmeister wohl gewünschten Ergebnis. „Umbe das wyllen, das do keyne wintter reysze moge werden, so mag ewer gnade wol die geste lassen ryethen“, schrieb Ludwig von Landsee am 26. Dezember von Preßburg aus seinem Herrn.⁷⁹ Man kann sich dessen Erleichterung ausmalen, als er die Nachricht erhielt, aber trotzdem waren damit seine Leiden im Zusammenhang mit den Söldnern noch lange nicht beendet. Manche Herren ließen sich anscheinend reichlich Zeit mit ihrer Abreise, beeilten sich nicht sonderlich damit, so daß sie der Orden bis Anfang Februar 1423 zu versorgen hatte.⁸⁰ Es schien

74) LUB V, Nr. 2658.

75) OBA 3977.

76) OBA 4009.

77) OBA 4002.

78) Erwähnt im Schreiben des Kurfürsten an den Hochmeister vom 24. Dezember 1422, OBA 4007.

79) *Scriptores* (wie Anm. 53), Nr. 43.

80) Nach Conrad Bitschin (wie Anm. 65), S. 490, verweilten die Gäste, unter denen er die drei Reichsfürsten, den Erzbischof von Köln, den Pfalzgraf bei Rhein und den Herzog von Bayern hervorhebt, bis zum 2. Februar 1423 in

nahezu in Erfüllung zu gehen, was der Komtur von Schwetz bereits am 1. September 1422 dem Hochmeister prophezeit hatte.⁸¹ Noch am 6. Februar 1423 beklagte sich der Komtur von Schlochau darüber, daß Herzog Heinrich von Bayern vier Tage und vier Nächte in seinem Gebiet zugebracht habe und daß er und der Erzbischof von Köln nach ihrem Zusammenreffen „melich genug“ durch die Komturei gezogen und „lange genug“ bei ihm gelegen hätten. Heu und Stroh mußte er in den Herbergen für die Pferde mit einem neuen Schilling bezahlen, so daß er insgesamt eine große Summe Geld ausgab und sich sehr stark seiner Mittel entäußerte.⁸²

Mit dem Abzug der Gäste aus Preußen hatte sich der Orden freilich nicht zugleich auch ihrer finanziellen Forderungen entledigt. Zwei Reichsfürsten, Kurfürst Ludwig von der Pfalz und Herzog Heinrich von Bayern-Landshut, verlangten für ihren Einsatz hohe Geldentschädigungen, und der Hochmeister vermochte sie ihnen nicht rundweg abzuschlagen, da er dann hätte befürchten müssen, von ihnen im Reich verrufen zu werden. Ihr Hinweis auf die Zahlungsunwilligkeit des Ordens hätte für künftige Notfälle und Kriege die Unterstützung des Reiches im allgemeinen und die Anwerbung von Söldnern im besonderen in Frage stellen können, so daß sich Rusdorf schließlich widerstrebend zu Zahlungen verstand, nachdem er ursprünglich im Winter 1422/23 versucht hatte, sich ihnen weitestgehend zu entziehen.

Als Kurfürst Ludwig von der Pfalz am 24. Dezember 1422 dem Hochmeister Sigismunds Verzicht auf einen Winterfeldzug mitteilte, bat er ihn im gleichen Atemzug, er möge seine Freunde und Diener mit Zehrung für die Heimreise ausstatten, damit sie umso williger für den in Aussicht genommenen Sommerfeldzug des Jahres 1423 nach Preußen zurückkehrten.⁸³ Der Hochmeister, der in einem Brief vom 24. Januar 1423 an den Obersten Marschall darauf Bezug nahm, rechtfertigte seine Ablehnung mit seinen fehlenden finanziellen Mitteln. Er befürchtete freilich, daß Ludwig ebenso wie Heinrich von Bayern wegen der ausgebliebenen Zahlungen den Orden vor dem König und anderswo in schlechten Ruf bringen könnten.⁸⁴ Nichtsdestoweniger wies er Ludwig von Landsee an, sich des Pfalzgrafen zu entledigen. Er dürfe nicht von der Zehrung des Ordens leben.⁸⁵ Aber der Kurfürst ließ sich nicht ohne weiteres abschütteln. Im Jahre 1424 verpflichtete sich der Hochmeister, ihm noch 2000 Gulden an zwei Terminen, Weihnachten 1424 und Weihnachten 1425, zu zahlen. Wenn der Pfalzgraf auch meinte, daß solch lange Fristen eigentlich nicht seinen großen Kosten entsprächen, so gab er sich doch damit zufrieden.⁸⁶ Die

Preußen. Aber bereits am 18. Januar hatte der Hochmeister dem livländischen Ordensmeister geschrieben, daß die Gäste jetzt von ihm schieden, LUB V, Nr. 2671.

81) Siehe oben S. 341 mit Anm. 51.

82) OBA 4069. Weitere Nachrichten über den Abzug der Gäste enthalten OBA 4050, 4061.

83) OBA 4007.

84) OBA 4054.

85) OBA 4052.

86) OBA 4338 (Brief des Pfalzgrafen an den Hochmeister vom 12. September 1424). Nach Ludwigs Darstellung geht der Vergleich auf seine Verhandlungen

Zahlungen sind über den Danziger Bürgermeister Gerd von der Beke, mit dem der Orden viele Geldgeschäfte abwickelte, und den Komtur von Koblenz wahrscheinlich termingerecht geleistet worden, denn am 5. Februar 1426 berichtete Beke dem Hochmeister, daß dem Pfalzgrafen und anderen 2550 Gulden entrichtet worden seien.⁸⁷

Sehr viel größeren, länger andauernden Ärger verursachte dem Hochmeister Herzog Heinrich von Bayern-Landshut. Sigismund hatte ihm für seinen Zug nach Preußen zugesagt, daß der Orden ihm Kost und Zehrung auf dem Hin- und Rückweg zahlen und ihn im Lande selbst wie die anderen Fürsten und Gäste behandeln werde.⁸⁸ Der Hochmeister suchte die Ansprüche des Herzogs zu mäßigen, und seine Gebietiger einigten sich mit ihm auf die Zahlung von 1400 ungarischen Gulden. 524 Gulden waren dem Herzog bereits entrichtet, und der Rest von 876 Gulden sollte ihm am 21. Februar 1423 wohl zu Breslau übergeben werden, als er sich plötzlich wieder des königlichen Schreibens entsann und Zehrung entsprechend dessen Zusagen forderte. Der Hochmeister reagierte darauf, wie sein Brief vom 24. Januar 1423 an den Obersten Marschall zeigt, mit starker Verärgerung. Er habe niemandem Zehrung für An- und Rückreise gelobt; er verstehe überhaupt nicht, warum er jemanden mit solcher Zehrung ausstatten solle, und ebensowenig habe er darum gebeten oder Vollmacht dazu erteilt, jemanden auf diese Bedingungen nach Preußen zu holen. Er habe kein Geld, wisse keinen Weg, wie er außerhalb oder innerhalb des Landes Geld leihen könne. Die Forderungen des Herzogs würden ihn mit so schweren Schulden belasten, daß er nicht wisse, wie er sie bezahlen solle.⁸⁹ Welchen Betrag Heinrich für sich verlangte, geht daraus hervor, daß er sich nach seinem Abzug aus Preußen über Regensburg⁹⁰ zum König nach Kaschau begab und ihn am 5. Mai 1423 zu einem Schreiben in seinem Sinne an den Hochmeister veranlaßte. 6761 ungarische Gulden habe er verzehrt, wovon ihm bisher nur 1400 Gulden bezahlt worden seien. Die

mit dem Thorner Komtur Martin Kemnater und dem Deutschmeister Eberhard von Saunshem zurück, die Ende 1423 oder Anfang 1424 stattgefunden haben dürften, denn in seinem Brief vom 3. Dezember 1423 aus Öttingen erwähnt der Komtur seine Absicht, mit dem Deutschmeister sogleich zum Pfalzgrafen zu ziehen, OBA 4190. Die Einbeziehung Saunshems wird auf seine Stellung als kurpfälzischer Rat (vgl. Christoph Frhr. von Brandenstein: Urkundenwesen und Kanzlei, Rat und Regierungssystem des Pfälzer Kurfürsten Ludwig III. (1410—1436) [Veröff. des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 71], Göttingen 1983, S. 360 f.) zurückzuführen sein, wie er auch im Zusammenhang mit der Vermittlung Ludwigs zwischen dem Orden und Herzog Heinrich von Bayern-Landshut tätig war (vgl. S. 350).

87) OBA 4551. Zu Beke vgl. M. Pelech: Die hochmeisterlichen Räte vom Jahre 1412, in: *Altpreußische Geschlechterkunde* 13 (1982), S. 65—105, hier: S. 79—81.

88) Das Schreiben Sigismunds an den Herzog ist nicht erhalten. Erwähnt wird es zum ersten Mal im Brief des Hochmeisters an den livländischen Ordensmeister vom 25. Dezember 1422, LUB V, Nr. 2658. Näheres über seinen Inhalt erfahren wir aus OBA 4054, 4115.

89) Das Vorstehende nach OBA 4054.

90) Andreas von Regensburg, zitiert bei C u n y (wie Anm. 68), S. 153, A. 3.

zweite Zahlung in Höhe von 876 Gulden hat demnach stattgefunden, aber sie befriedigte, wie man sieht, bei weitem nicht den herzoglichen Geldbedarf. Sigismund berief sich für seine Zusage an den Herzog auf die Vollmacht, die ihm der Oberste Marschall in Nürnberg vorgelegt habe.⁹¹ Als ein herzoglicher Bote dem Hochmeister das königliche Schreiben überreichte, war dieser über Sigismunds Rechtfertigung überrascht, zumindest zeigte er sich so. Von einem derartigen Versprechen Ludwigs von Landsee habe er bisher nichts gewußt, und Ludwig habe ihm am 24. Juni 1423 in Gegenwart des Gebietigerrates erklärt, daß er in Nürnberg nur ein „gelubde (. . .) einer mogelichen zimlichen zerungen“ getan habe. Auf diese vage Formel suchte der Hochmeister den Herzog festzulegen. Was würdige, redliche Leute für eine mögliche und geziemende Zehrung erkennen, würde er entrichten.⁹² Die Diskrepanz zwischen den Behauptungen des Königs und des Hochmeisters erklärt sich offensichtlich aus den Meinungsunterschieden zwischen Paul von Rusdorf und Ludwig von Landsee während des Nürnberger Reichstages über die Söldnerfrage. Während der Hochmeister damals darauf gehofft hatte, daß die deutsche Ritterschaft um des Christentums willen nach Preußen ziehen würde, und sich nur zögernd und widerwillig zur Erstattung von Kost und Zehrung bewegen ließ, hatte der Oberste Marschall erkannt, daß nur gegen finanzielle Zusagen überhaupt größere Truppenmengen für den Orden auf die Beine zu stellen waren. Ob und inwieweit er dabei die hochmeisterlichen Instruktionen überschritten hat, läßt sich nicht mehr genau feststellen; dies ist auch von untergeordneter Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Ludwig die Lage realistischer als der Hochmeister beurteilte.

Jetzt rächte sich, daß sich der Hochmeister in der Frage der Bezahlung im Sommer 1422 nur zu halbherzigen Entscheidungen durchgerungen hatte. Denn wenn Rusdorf glaubte, daß sich der Herzog um des schweren Schadens willen, den der Orden des Christentums wegen unverschuldet erlitten hatte, zur Nachsicht bewegen lasse⁹³, dann hatte er sich getäuscht.

91) OBA 4115 = Regesta Imperii (wie Anm. 68), Nr. 5538. Sigismund machte den Sachverhalt in diesem Sinne auch am selben Tag in einem öffentlichen Rundschreiben bekannt, Regesta Imperii, Nr. 5537. Unzutreffend die Angaben bei Lückera th (wie Anm. 3), S. 54, Anm. 74—75: Zusage des jetzigen (1423) Obersten Marschalls, damaligen (1422) Komturs von Brandenburg Ludwig von Landsee. Am 15. September 1423 bestätigte Sigismund dem Herzog den Eingang seiner Klage gegen den Hochmeister wegen Bruchs seiner Zusage zur Kostenerstattung, s. Ekdahl, Tannenberg (wie Anm. 69), S. 95, Anm. 31.

92) OBA 4130 (30. Juni 1423). Zum Datum der Gebietigerversammlung s. OBA 4129. Lückera th (wie Anm. 3), S. 54, ebenso wie Voigt (wie Anm. 3), S. 460, geben kritiklos die Position Rusdorfs in dem Streit wieder. F. Mithaler: Die Großgebietiger des Deutschen Ritterordens bis 1440 (Schriften der Albertus-Universität, Geisteswissenschaftliche Reihe, Bd. 26), Königsberg, Berlin 1940, S. 76, Anm. 254, zieht zu Unrecht den Brief vom 30. Juni zur Interpretation des Verhältnisses von Hochmeister und Oberstem Marschall heran, da er ebenso wie Lückera th (s. die vorige Anm.) nicht bemerkt hat, daß Ludwig von Landsee als Komtur von Brandenburg die Zusage abgegeben hat.

93) So schrieb der Hochmeister am 30. Juni 1423 dem Herzog, OBA 4130.

Heinrich ließ sich nicht auf die inhaltende Taktik des Hochmeisters ein, sondern schritt zu energischen Gegenmaßnahmen. Er bemächtigte sich des Ordenshauses Genghofen in Bayern mitsamt seinem Zubehör und seinen Einkünften.⁹⁴ Davon erfuhr der Hochmeister freilich erst im Dezember 1423, als der Thorner Komtur Martin Kemnater mit dem Deutschmeister verhandelte und dieser ihm die herzoglichen Schreiben übergab. Saunshelm fügte hinzu, daß der Herzog insgeheim nach den Häusern und Gütern des Ordens strebe.⁹⁵ Die Verhandlungen über die bayerischen Ansprüche schleppten sich noch jahrelang ergebnislos hin, nicht gerade zur Freude des Deutschmeisters, denn er befürchtete, daß er und sein Gebiet unter dem Unwillen Heinrichs würden leiden müssen⁹⁶ — offensichtlich nicht zu Unrecht, denn nach einer späteren Äußerung sind er und seine Untertanen lange Zeit vom Herzog bekriegt und geschädigt worden.⁹⁷ Daher riet er dem Hochmeister dringend zu einem Vergleich oder einem Rechtsaustrag, zumal sich Heinrich vor Fürsten, Herren, Rittern und Knechten darüber beklage, daß der Orden nicht das versprochene Geld bezahle.⁹⁸ Aber die Ausgleichsversuche des Deutschmeisters und des Komturs von Osterode Wolf von Saunshelm scheiterten auf dem Nürnberger Reichstag im Mai 1426 an der starren Ablehnung ihres Kontrahenten.⁹⁹ Pfalzgraf Ludwig wurde als Vermittler eingeschaltet, und gegenüber dessen Boten, dem Ritter Konrad von Rosenberg¹⁰⁰, erklärte sich Paul von Rusdorf im Sommer 1427 zu einem Schiedsverfahren vor dem römischen König oder den Kurfürsten insgesamt oder einem von ihnen, etwa dem Pfalzgrafen, bereit, kam aber zugleich dem Herzog einen Schritt entgegen, indem er die Zahlung von 2000 Gulden in zwei Raten zu Weihnachten 1427 und zu Weihnachten 1428 und äußerstenfalls weitere 1000 Gulden zu Weihnachten 1429 anbot. Nach langwierigen Bemühungen des Pfalzgrafen willigte der Herzog im Frühjahr 1428 darin ein, sich mit 3000 Gulden, zahlbar aber in Nürnberg und nicht in Flandern, Breslau oder Danzig, wie vom Hochmeister gewünscht, abfinden zu lassen. Der Deutschmeister empfahl, diesen Vorschlag anzunehmen und die Verhandlungen nicht noch hinauszuzögern, denn Heinrich habe um viel Hilfe gegen den Orden zwecks Rückerstattung seiner Ausgaben nachgesucht, und der Hochmeister werde es doch nicht dazu kommen lassen, daß dem Orden weiterhin großer Schaden und Schmach widerführe.¹⁰¹ Paul von Rusdorf gab nach, so daß sich endlich, nach fünf Jahren, die beiden Parteien auf eine Regelung einigten. Und allem Anschein nach hat der Orden seine Zahlungen pünktlich geleistet, denn am 6. Juni 1430 kündigte der Tressler dem Hochmeister an,

94) OBA 4148 (27. August 1423).

95) OBA 4192.

96) OBA 4479 (1425 Sept 16).

97) OBA 4921 (1428 April 18).

98) OBA 4479.

99) Reichstagsakten (wie Anm. 30), Nr. 402, §§ 4, 6.

100) Es dürfte sich um Konrad (IX.) von Rosenberg, den späteren Rat und Hofmeister des Kurfürsten, und nicht um dessen Vater Konrad (Cuntz VI.) von Rosenberg den Alten gehandelt haben. Vgl. Brandenstein (wie Anm. 86), S. 306 f.

101) OBA 4813 (1427 Sept 4), 4921 (1428 April 18).

in Kürze 1000 rheinische Gulden, die letzte Rate für Heinrich von Bayern, über Thorn und Breslau nach Nürnberg schaffen zu lassen.¹⁰²

Auch aus den eigenen Reihen wurden dem Hochmeister finanzielle Forderungen für die militärischen Aufwendungen präsentiert. Eberhard von Saunshem war nicht gewillt, die Ausgaben für den Kriegszug nach Preußen allein von den deutschen Balleien tragen zu lassen, und er besaß zugleich ein starkes Mittel, um seinen Oberen zu einer Erstattung der Kosten zu veranlassen.¹⁰³ Unter Berufung auf die Proteste deutscher Reichsfürsten gegen den vorzeitigen Friedensschluß des Ordens mit Polen-Litauen weigerte er sich im Juli 1423, sein Siegel an die Friedensvertragsurkunde zu hängen, obwohl Rusdorf dies bereits im Mai seinen Vertragspartnern für den 1. Januar 1424 zugesichert hatte. Als der Thorner Komtur Martin Kemnater zur Klärung der Lage im Oktober 1423 ins Reich geschickt wurde¹⁰⁴, stieß er auf einer Versammlung zu Öttingen am 28. November auf den geschlossenen, unterschiedenen Widerstand Saunshems und der anwesenden acht Gebietiger aus der Ballei Franken, des Komturs zu Ellingen und Statthalters der Ballei Franken Hannus Gonpenberger und der Komture Merten Gebesatel zu Mergentheim, Arnold Hirtzberger zu Nürnberg, Simon Laurode zu Heilbronn, Johann Frankenstein zu Prozelten (Deutschmeistertum), Johann von Vennigen zu Ulm, Berger Eichhiltzim zu Blumenthal, Saxenheim zu Öttingen. Sie wollten der Besiegelung nur unter der Bedingung zustimmen, daß der Hochmeister sich urkundlich dazu verpflichte, „die czerungen widerczukeren, die sy vor eyme jare im lande vorcerd hetten“. Kemnater vermochte sie in ihrer Haltung auch nicht dadurch zu beirren, daß er sie unter Vorlage einer hochmeisterlichen Vollmacht zum Gehorsam aufforderte. Er erreichte dadurch nur, daß sie ihre Ablehnung nicht mehr offen aussprachen, sondern sie durch die Verweisung der Angelegenheit an eine Zusammenkunft des Deutschmeisters mit allen Landkomturen und Komturen verschleierten, denn der Hochmeister

102) OBA 4035. Das Schreiben gibt als Ausstellungsdatum nur „am dinstage in den pfingstheilgen tagen“ ohne Jahreszahl an. Die Beförderungsvermerke auf der Außenseite nennen Marienburg, Elbing (Dienstag zu Pfiingsten), Balga, Brandenburg (Mittwoch zu Pfiingsten), so daß der Empfänger, der Hochmeister, offensichtlich in Königsberg oder in dessen Umgebung im Samland weilte. Ein Aufenthalt Rusdorfs um die Pfiingstzeit in dieser Gegend ist nach 1428 nur für das Jahr 1430 belegt, vgl. L ü c k e r a t h (wie Anm. 3), S. 216 (4. Juni 1430 in Königsberg, 8. Juni in Kreuzburg; Pfiingsten fiel auf den 4. Juni.). Der Brief des Tresslers ist demnach am 6. Juni 1430 abgefaßt worden.

103) Zum folgenden vgl. auch K. N e i t m a n n : Die Staatsverträge des Deutschen Ordens in Preußen 1230—1449 (Neue Forschungen zur brandenburg-preußischen Geschichte, Bd. 6) [im Druck], Kap. C. II. 1. f (hinsichtlich der Besiegelung des Friedensvertrages vom Melno-See). C. A. L ü c k e r a t h : Deutschmeister Eberhard von Saunshem — Widersacher des Hochmeistertums, in: ZfO 18 (1969), S. 270—287, hier: S. 273, wirft dem Deutschmeister wegen seines Verhaltens gegenüber dem Hochmeister 1422/23 Protestgebaren und Unbotmäßigkeit vor, zu Unrecht, da sein Urteil teilweise auf falschen faktischen Grundlagen, teilweise auf Verkennung sachlicher Schwierigkeiten beruht.

104) Liv-, Esth- und Curländisches Urkundenbuch, Bd. VII, hrsg. von H. Hildebrand, Riga, Moskau 1881 (Neudruck Aalen 1974), Nr. 42.

konnte bis zum Zusammentritt einer solchen Versammlung, der frühestens in vier Wochen erfolgen konnte, wegen des Januartermins nicht mehr warten. Nach dem ergebnislosen Abbruch der viertägigen Verhandlungen beklagten sich zwei der Gebietiger bei Kemnater darüber, daß sie wegen der vergangenen Kriege der Hochmeister große Ausgaben auf sich genommen und um des Landes Preußen willen sich in große Schulden gestürzt hätten, aber „gancz czu vorterbien, das tete wee“, was der Hochmeister hoffentlich nicht von ihnen verlange. Von der schweren Schuldenlast war dem Thorner Komtur auch von anderen Seiten berichtet worden, wie er nach Marienburg schrieb. Unter dem Eindruck dieser Darlegungen lenkte er schließlich ein und stimmte trotz eines entgegenstehenden Verbotes in seiner Instruktion unter dem Vorbehalt der hochmeisterlichen Bestätigung dem Tauschgeschäft Siegel gegen Geld zu. Der Deutschmeister versprach die Besiegelung, wenn der Hochmeister die Erstattung von 9000 Gulden, zahlbar in Raten von 1000 Gulden zu Lichtmeß, zusichere.¹⁰⁵ Paul von Rusdorf seufzte zwar gegenüber dem livländischen Ordensmeister über den Druck, den Saunsheim auf ihn ausübte, aber da die Polen sich bereits nach dessen Siegel erkundigt hatten, willigte er in die Abmachung ein.¹⁰⁶ Daß er bis 1429 einen Teil der 9000 Gulden tatsächlich entrichtet hat, geht aus einem Schreiben der deutschen Landkomture hervor.¹⁰⁷ Auch in diesem Fall hat Rusdorf seine Schuld vollständig beglichen, wenn auch mit Verspätung. Im Jahre 1436 kündigte er mehrmals dem Deutschmeister die Zahlung der letzten 1000 Gulden am 11. November 1436 in Köln an und forderte ihn auf, dabei seinen Vertretern seine Schuldverschreibung über die 9000 Gulden zu übergeben, da die gesamte Summe damit entrichtet sei.¹⁰⁸

3. Die Suche nach finanziellen Hilfen

Die Finanznot des Ordens entsprang, was die Ausgabenseite betraf, in starkem Maße den Zahlungsforderungen der Gäste. Wie aber war es um die Einnahmenseite bestellt? Es ist an dieser Stelle nicht möglich, das Problem der sinkenden Einnahmen in seiner ganzen Breite aufzurollen; der Rückgang des Eigenhandels und der Verfall der Getreidepreise infolge der spätmittelalterlichen Agrarkrise spielen hierbei eine entscheidende Rolle.¹⁰⁹ Für unseren Zusammenhang genügt es, auf eine weitere in ihren Wirkungen vergleichbare Ursache aufmerksam zu machen: auf die Folgen des Krieges von 1422, seine Verheerungen und Verwüstungen und die dadurch hervorgerufenen wirtschaftlichen und damit zugleich auch finanziellen Schäden für den Ordensstaat. Leider sind im Zusammenhang mit dem Waffengang von 1422 keine Schadensverzeichnisse überliefert wie etwa für den Krieg von 1409 bis 1411¹¹⁰, so daß man nicht im einzelnen die

105) OBA 4188 (daraus das 1. Zitat), 4189 (daraus das 2. Zitat) 4194.

106) LUB VII (wie Anm. 104), Nr. 61, 66.

107) OBA 5142 = Anhang, unten S. 373—377.

108) Ordensfoliant 13 (im Geheimen Staatsarchiv usw., wie Anm. 5), S. 333, 357—358, 370—372.

109) Vgl. die kurzen treffenden Bemerkungen von H. Boockmann: *Der Deutsche Orden*, München 1981, S. 195 f.

Kriegsverluste ermessen kann. Der gesamte Komplex ist überhaupt im Vergleich mit anderen Fragen außerordentlich schlecht dokumentiert. Unter der Perspektive der politischen Geschichte ist allerdings auch ohne detaillierte Kenntnis der Kriegszerstörungen von Bedeutung, daß die Handelnden die Tatsache des ausgesogenen Landes wahrgenommen und deren Folgen in ihre Überlegungen einbezogen haben.

Vor Kriegsausbruch hatte der Hochmeister gegenüber dem livländischen Ordensmeister die Verarmung Preußens durch die Verheerungen beklagt und befürchtet, daß die Bewohner sich von einer weiteren umfassenden Verheerung nur langsam oder vielleicht sogar nie wieder erholen würden.¹¹¹ Was er hier ahnungsvoll an die Wand gemalt hatte, war in den folgenden Monaten tatsächlich Wirklichkeit geworden. Dem Erzbischof von Riga setzte er auseinander, daß die Güter der beiden Bistümer Kulm und Pomesanien infolge der Kriegsschäden so schwer gelitten hätten, daß die Prälaten und Domherren „nicht so vil mogen haben, dovon sie sich solden bergen“.¹¹² Der römische König und die Kurfürsten erfuhren, die Bistümer Kulm und Pomesanien und die Gebiete Christburg, Osterode, Brattian und das ganze Kulmerland seien vom Feind so schwer geschädigt worden, „also das slechts uf erden nicht ein hoff aldo ist gebleben“.¹¹³ Der Komtur von Elbing mußte dem Hochmeister melden, daß die fälligen Zinszahlungen an dem üblichen Termin nicht eingegangen waren, so daß er ihm keinen Geldbetrag überweisen konnte.¹¹⁴ Die Ordensuntertanen waren nicht nur nicht in der Lage, ihre Abgaben zu entrichten, sondern sie bedurften der Hilfe des Ordens, um ihre Höfe wieder instandzusetzen. Schon unmittelbar nach Friedensschluß suchte der Hochmeister „den gebiethen und lewthen, dy vorterbth sinth“, beim Wiederaufbau beizustehen. Die Ehrbarleute der Komtureien Thorn und Birgelau baten den Thorner Komtur um Korn, damit sie die Winteraussaat in die Erde bringen könnten. Aber dem Amtsträger standen in Thorn, Nessau und Birgelau zusammen nicht einmal soviel Geld und Korn zur Verfügung, daß er damit ein Drittel des Bedarfs gedeckt hätte. Wenn keine Hilfe eintraf, war zu befürchten, daß die Leute ihre Dienstgüter dem Orden zurückgeben mußten.¹¹⁵ Die anschauliche Schilderung des Thorner Komturs trifft sicherlich auch für die anderen erwähnten Teile des Landes zu. Aber infolge der Leistungen für die Gäste vermochte der Hochmeister zumindest zunächst nicht in dem erforderlichen Maße die notleidende Bevölkerung zu unterstützen. Auf der einen Seite verbrauchten die Gäste Futter, Vieh und Lebensmittel auf den Häusern und Höfen des Ordens, auf der ande-

110) Freundliche Auskunft von Dr. Sven Ekdahl, Berlin, der eine Teilrekonstruktion der seit 1945 verschollenen Schadenbücher vorbereitet.

111) LUB V, Nr. 2613.

112) LUB V, Nr. 2657.

113) Israel (wie Anm. 56), Anhang, Nr. 25, § 1; vgl. auch §§ 3, 7. Ähnlich lauten die chronistischen Angaben über die Kriegsverwüstungen, gesammelt bei Lückerauth, Rusdorf (wie Anm. 3), S. 37, Anm. 109.

114) OBA 3973. Der Vogt der Neumark bekannte, in seinen Landen in keiner Weise Geld oder Anleihen bekommen zu können, OBA 3934.

115) OBA 3936.

ren Seite blieben keine Mittel für die verheerten Gebiete mehr übrig, so daß deren Bewohner sich bitterlich über den Hochmeister beklagten. Häuser, Höfe und Städte des Ordens würden weiter verwüstet, seufzte Rusdorf, aber als Ergebnis sei daraus nur Unwillen sowohl unter den eigenen Leuten wie unter den Gästen entstanden. Nichts als „schaden, smoheit und schande“ werde der Orden empfangen.¹¹⁶

Obwohl Preußen durch die Verwüstungen dreier Kriege — 1410, 1414 und 1422 — in seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit schwer getroffen war, glaubte der Hochmeister, dem Lande angesichts der Notlage des Ordens eine zusätzliche Belastung nicht ersparen zu können. Am 7. Januar 1423 forderte er auf der Versammlung zu Elbing die Bevollmächtigten der Städte und wohl auch der Ritterschaft dazu auf, ihm entweder Geld zu leihen oder ein Geschoß in merklicher Höhe zu gewähren. Die Antwort auf sein Gesuch wurde ihm für den nächsten Ständetag am 24. Januar in Aussicht gestellt.¹¹⁷ Da der städtische Rezeß vom 24. Januar die Angelegenheit jedoch überhaupt nicht erwähnt¹¹⁸ und Rusdorf sein Verlangen nach einer Hilfe des Landes in Gestalt des Geschosses im Sommer 1424 wiederholte¹¹⁹, wird man davon ausgehen können, daß die Stände im Januar 1423 seinen Antrag abschlägig beschieden haben.¹²⁰ Der Hochmeister gab sich damit jedoch nicht geschlagen, sondern suchte zu einem anderen Aushilfsmittel seine Zuflucht. Am 20. April 1423 kündigte er auf dem Elbinger Städtetag die Erhebung eines Zolles in Danzig an.¹²¹ Er wollte den Pfundzoll wieder einführen, den sein Vorgänger Michael Kuchmeister gerade erst im September 1421 auf Drängen der preußischen Städte und der Hanse abgeschafft hatte¹²², und dabei die Einnahmen vollständig dem Orden vorbehalten, ohne den Städten wie früher einen Anteil daran zu gewähren. Und er verwirklichte seine Absicht, wie die nachfolgenden Klagen der Städte über die Handelsabgabe belegen.¹²³ Er er-

116) LUB V, Nr. 2658.

117) Akten der Ständetage Preußens unter der Herrschaft des Deutschen Ordens, Bd. 1, hrsg. von M. T o e p p e n , Leipzig 1878 (Neudruck Aalen 1973), Nr. 320.

118) Ebenda, Nr. 321.

119) Ebenda, Nr. 330, 332, 334.

120) Unsere Ausführungen dürften die Motive für die Geldforderungen des Hochmeisters aufgehellt haben, über die T o e p p e n (wie Anm. 117), S. 716, rätselte und für die er einen Zusammenhang mit der Münzreform von 1425 vermutete (ihm folgte L ü c k e r a t h , Rusdorf [wie Anm. 3], S. 136, Anm. 8).

121) Akten der Ständetage (wie Anm. 117), Nr. 324.

122) T o e p p e n (wie Anm. 117), S. 236; N ö b e l (wie Anm. 8), S. 121; G. K e t t e r e r : Die Hanse und der Deutsche Orden unter den Hochmeistern Heinrich von Plauen und Michael Kuchmeister (1410—1420), in: Hansische Geschichtsblätter 90 (1972), S. 15—39, hier: S. 25, 29—37.

123) Akten der Ständetage (wie Anm. 117), Nr. 330, 332, 337. Vgl. auch Staatsverträge (wie Anm. 59), Nr. 162, § 3 (Handelsvertrag mit Polen vom 7. Juni 1424). Akten der Ständetage, Nr. 319, bezieht sich auf eine Gesandtschaft zweier städtischer Vertreter nach Dänemark und nach Lübeck im Sommer 1421, in deren Gefolge dann Michael Kuchmeister im September 1421 den Pfundzoll abschaffte, und beruht auf einem Streit unter den Städten über die Abrech-

schloß damit dem Orden wieder eine Finanzquelle, die nach der Entscheidung Kuchmeisters schon versiegt schien, freilich um den Preis, daß er damit der städtischen Abneigung gegen die Ordensherrschaft neue Nahrung bot, wie die immer wiederkehrenden Auseinandersetzungen um Abschaffung oder Bewilligung des Pfundzolles in der Zeit Michael Kuchmeisters, Pauls von Rusdorf und Konrads von Erlichshausen zeigen.¹²⁴

Da der Geldbedarf des Ordens damit bei weitem noch nicht gedeckt war, tauchte bei Rusdorf wie schon in vergleichbaren Situationen unter seinen beiden Vorgängern der Gedanke auf, die beiden anderen Ordenszweige in Livland und im Reich finanziell zu nutzen. Der livländische Ordensmeister hatte dem Hochmeister bereits 4000 Mark Rigisch verheißen¹²⁵, als dieser ihn am 6. Dezember 1422 um einen noch höheren Betrag bat. Aber am 3. Januar 1423 erklärte eine Versammlung der livländischen Ordensgebietiger ein Mehr für unmöglich. Seit vier Jahren herrsche ein solcher Mißwachs, daß man kaum mehr die Schlösser im Lande erhalten könne.¹²⁶ Siegfried Lander von Spanheim überwies Anfang Februar dem Komtur von Reval 3900 Mark mit dem Auftrag, das Geld in Waren, in Wachs und Pelzwerk, anzulegen. Beides wurde dann von Reval aus auf einen Befehl des Hochmeisters hin durch den Revaler Ratmann Arnold von Saffenberg nach Danzig und nicht nach Flandern gesandt, „went wir gros umb gelt sein benotiget und bekommert“.¹²⁷ Eine abermalige Bitte um Geld lehnte der Ordensmeister am 17. März 1423 erneut ab: Er habe keines.¹²⁸

Nicht mehr konnte der Hochmeister von den deutschen Balleien erwarten. Hatte der preußische Ordenszweig sie noch gegen Ende des 14. Jahrhunderts mit großen Summen unterstützt, so kehrte sich nach Tannenberg das Verhältnis um. Heinrich von Plauen und Michael Kuchmeister forderten den Deutschmeister und seine Landkomtore immer wieder dazu auf, ihnen mit größeren Geldbeträgen beizuspringen. Nur die vier Kam-

nung der Gesandtschaftskosten (vgl. Akten der Ständetage, Nr. 294, 302, 309, 318, 321; Hanserezesse [wie Anm. 43], Nr. 374), darf also nicht als Beleg für städtische Klagen über die Wiedereinführung des Pfundzolles dienen (so *Toeppen* [wie Anm. 117], S. 716, *Lückerath*, Rusdorf [wie Anm. 3], S. 136, Anm. 7).

124) Vgl. für die Spätzeit Rusdorfs *Lückerath*, Rusdorf (wie Anm. 3), S. 197, 199; für Konrad von Erlichshausen *K. E. Murawski*: Zwischen Tannenberg und Thorn (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, H. 10/11), Göttingen 1953, S. 83—95. Ebenda, S. 411, Anm. 118, das Urteil des zeitgenössischen libischen Chronisten: Er führt unter den Gründen für den Abfall der preußischen Städte vom Orden 1454 auch den Pfundzoll an.

125) *Arbusow* vermutet, daß das livländische Ordenskapitel zu Wenden vom 6. bis 14. Dezember 1422 die Geldhilfe für den Hochmeister beschloß, die der Ordensmeister diesem während seines Aufenthaltes auf der Marienburg in der ersten Novemberhälfte in Aussicht gestellt habe. Akten und Rezesse (wie Anm. 19), Nr. 314, S. 282, 284.

126) LUB V, Nr. 2655, 2666. Die Zahl von 4000 Mark ergibt sich aus LUB V, Nr. 2671.

127) LUB V, Nr. 2676, 2682, 2683 (daraus das Zitat), LUB VII (wie Anm. 104), Nr. 43.

128) LUB V, Nr. 2699.

merballeien Österreich, Bozen oder an der Etsch, Koblenz und Elsaß waren dem Hochmeister zu regulären Leistungen verpflichtet, während die anderen acht Balleien allenfalls auf eine Bitte des Hochmeisters hin ihm Geld oder Truppen zur Verfügung stellten. Die Regierungszeit Plauens und Kuchmeisters erwies jedoch, daß sie alle zuweilen eher eine Belastung als eine Hilfe für Preußen darstellten.¹²⁹ Der Landkomtur von Bozen berichtete 1416, die Einkünfte seien um ein Viertel geringer geworden und die Ballei wegen der hohen Steuern an weltliche und geistliche Herren von Schulden belastet. 1421 erklärte er sich bereit, den Kammerzins von 300 Dukaten, den er 1419 verweigert hatte, zu bezahlen; eine Nachzahlung der rückständigen Summen sei aber wegen der völligen Armut des Gebietes und der großen Schulden ausgeschlossen. Der Landkomtur von Österreich teilte dem Hochmeister mit, daß die Notlage nur noch durch Anleihen bei Juden und Christen gemindert werden könne. 1420 beabsichtigten die Bürger von Wien, das Ordenshaus mit Beschlag zu belegen. Nur mit finanzieller Unterstützung Herzog Albrechts von Österreich konnte das Vorhaben vereitelt werden. Er bezahlte die schlimmsten Gläubiger und übernahm den Juden gegenüber für die anderen Schulden Bürgerschaft.¹³⁰

Bei dieser Gelegenheit hatte der Hochmeister die Gebietiger in Deutschland noch aufgefordert, nicht zuzulassen, daß das Ordenshaus Wien entfremdet und „uns allen zu smoheit von vnserem orden czu ewigen czeithen“ entrissen werde.¹³¹ Zwei Jahre später fegten die steigenden finanziellen Bedrängnisse, insbesondere die Kriegsschäden des Sommers 1422, derartige Bedenken beiseite. Zwei Kammerballeien wurden zu einer Finanzquelle degradiert, für den äußersten Fall ihr vollständiger Ausverkauf in Betracht gezogen. Am 4. Dezember 1422 erteilte Paul von Rusdorf dem Pfleger zu Tapiau, Georg Eglinger, die Vollmacht, die Balleien Österreich und Bozen mit Rat ihrer Landkomtüre und der ältesten ihrer Brüder ganz oder teilweise zu verkaufen, zu versetzen oder zu verpfänden.¹³²

129) Die verschiedenen Hilfsleistungen der deutschen Balleien für Preußen in der Zeit Michael Kuchmeisters 1414—1422 erörtert R. Krumholtz: Die Finanzen des Deutschen Ordens unter dem Einfluss der Polnischen Politik des Hochmeisters Michael Kuchmeister (1414—1422) in: Deutsche Zs. für Geschichtswissenschaft 8, II, 1892, S. 226—272, hier: S. 246 f., 265—267, danach im folgenden.

130) Für die einzelnen deutschen Balleien wäre eine solch gründliche Untersuchung über ihre Leistungen für den preußischen Ordensstaat in den entscheidenden Jahren 1410—1466 erwünscht, wie sie H. Limburg: Die Hochmeister des Deutschen Ordens und die Ballei Koblenz (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 8), Bad Godesberg 1969, S. 70—97, für die Kammerballei Koblenz vorgelegt hat. Über deren Einsatz 1422 ebenda, S. 83 f.

131) Krumholtz (wie Anm. 129), S. 266.

132) OBA 3992. Der Hochmeister stellte dem Pfleger zu dessen Unterstützung noch seinen Juristen Dr. Jost Quednau, „der heiligen rechte lerer“, zur Seite. Die Gesandtschaft setzte sich also zusammen aus einem Ordensritter, dem älteren Typus des Fürstendienerers — in einem weltlichen Territorium des Reiches entsprach ihm ein adliger Rat —, und einem kirchenrechtlich, juristisch

Außerdem befahl er am 6. Dezember den Landkomturen und den Brüdern der beiden Kammerballeien, alles, was sie gemeinsam oder einzeln besäßen an Gold und Silber, an goldenen oder silbernen Gerätschaften und an Geld, zusammenzubringen und seinen Sendboten zu übergeben, damit es ihm möglichst schnell geschickt werde. Er begründete seine Aufforderung mit dem Schaden und mit den Schulden, die der Orden und das Land Preußen in diesem Jahr infolge der Verheerungen, Brandschatzungen und Soldzahlungen auf sich hätten nehmen müssen. Sie seien so tief gesunken, daß sie sich „ane grose stewer und hulfe“ nicht wieder befreien könnten.¹³³

Eglinger wandte sich in Österreich zunächst an die habsburgischen Landesherrn mit der Bitte, dem Orden den Verkauf oder die Versetzung seiner Güter zu gestatten. In Wien zeigte Herzog Albrecht eine eher ablehnende Haltung. Das dortige Ordenshaus sei von seinen Eltern gestiftet, und er habe es durch seine Hilfe dem Orden bewahrt, aber er wolle sich angesichts der Not des Ordens noch mit seinen Freunden besprechen. Mit dieser Antwort mußte sich der Pfleger nach viertägigen Verhandlungen begnügen. In Graz erwies sich Herzog Ernst entgegenkommender. Er erlaubte dem Orden, seine Güter zu versetzen, freilich nur an solche Leute, die seiner Herrschaft unterstanden. Danach fand in Graz am 31. Januar 1423 ein Kapitel statt, auf dem die Amtsleute und der Landkomtur der Ballei Österreich über die Forderungen des Hochmeisters berieten. Sie hätten schlechterdings nichts zu versetzen oder zu verkaufen, das sie entbehren könnten, lautete ihre kategorische Antwort. Sie überließen dem Pfleger lediglich Silber in Form von Monstranzen, Kreuzen, Kelchen, Gefäßen und anderem Kleinod. Eglinger gab sich freilich damit nicht zufrieden, sondern er befahl den Ordensbrüdern, zur Information des Hochmeisters ihre Güter und deren Rechtslage zu beschreiben, ob sie zu Messen gestiftet oder von den Brüdern gekauft worden waren. Er erhielt die Aufstellung, wenn auch von den einen besser angefertigt als von den anderen. Außerdem beauftragte er sie damit, sich im Lande nach möglichen Käufern oder Pfandnehmern umzusehen, damit die Geschäfte ohne

ausgebildeten gelehrten Rat, dem modernen Typus. Vgl. allgemein zum Verhältnis der beiden Typen in der Außenpolitik des Ordens in der Mitte des 15. Jahrhunderts H. B o o c k m a n n : Laurentius Blumenau (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd. 37), Göttingen, Berlin, Frankfurt 1965, S. 144 f. Zur Gruppe der gelehrten Räte ferner unter starker Berücksichtigung der Verhältnisse des Ordensstaates H. B o o c k m a n n : Zur Mentalität spätmittelalterlicher gelehrter Räte, in: *Histor. Zs.* 233, 1981, S. 295—316. Die Vorbereitung der Gesandtschaft Eglingers entnimmt man einer Aufstellung aller Briefe, mit denen sie ausgestattet wurde, OBA 3995 (6. Dezember 1422). Unter den 18 mit Buchstaben gekennzeichneten Stücken finden sich vor allem Kredenzbriefe an verschiedene Fürsten sowie Vollmachten; ihre Konzepte sind noch weitgehend im OBA erhalten.

133) OBA 3996. Für den Sprachgebrauch vgl. die treffende Aussage O. B r u n n e r s : Land und Herrschaft, Wien ⁵1965, S. 292: „Steuer im mittelalterlichen Sinn ist (...) außerordentliche Hilfe in der Not“. Ebenda, Anm. 1, zahlreiche Beispiele für diese Bedeutung des Wortes Steuer.

weiteres getätigt werden könnten, wenn der Hochmeister sie dazu durch eine andere Gesandtschaft auffordere. Der Pfleger zog dann nach Bozen weiter, von seinen dortigen Verhandlungen mit den Angehörigen der Ballei ist jedoch nichts mehr bekannt.¹³⁴ Seine Mission bewies erneut, daß die Kammerballeien die Finanznot Preußens nur in sehr geringem Maße zu mildern imstande waren. Es läßt sich im einzelnen schwer beurteilen, ob die Ballei Österreich wirklich so sehr verschuldet war, daß sie keine Hilfeleistung durch Verkauf oder Verpfändung einbringen konnte, oder ob die dortigen Brüder nur nicht ihren gesamten Besitz dem fernen Preußen und dessen Bedürfnissen zum Opfer bringen wollten. Für das Ergebnis bleibt es gleichgültig, ob man dem einen oder dem anderen Grund den Vorzug gibt: Der Hochmeister konnte aus seinen Kammerballeien nur mit geringfügiger finanzieller Unterstützung rechnen.¹³⁵

Die Kenntnis aller geschilderten Umstände macht verständlich, warum der Hochmeister anscheinend zeitweise von dem Gefühl beherrscht wurde, in einer ausweglosen Notlage zu stecken. Immer wieder wandte er sich in nahezu flehentlichen Worten an den livländischen Ordensmeister mit der Bitte um Rat und Hilfe. Eine Versammlung der livländischen Ordensgebietiger unter Vorsitz ihres Meisters entwickelte am 3. Januar 1423 in Riga einen für die damalige Situation des Ordens aufschlußreichen Plan.¹³⁶ Falls der Krieg mit Polen-Litauen sich als unausweichlich erweise, solle der Hochmeister die anwesenden Räte der Kurfürsten und der anderen Herren und einen Teil der angesehensten Ritter und Knechte zusammenrufen und ihnen die Lage des Ordens schildern, dabei hervorheben, daß ihm Papst und Kaiser zwar Unterstützung zugesagt, ihn aber in der Not immer wieder im Stich gelassen hätten. Man müsse der Versammlung die derzeitige Macht und Leistungsfähigkeit des Ordens darlegen und sie zu Krieg und Frieden befragen. Rate sie zum Krieg und sei mit Trost und Hilfe der Anwesenden zu rechnen, möge der Orden der Empfehlung Folge leisten. Falle der Rat anders aus und erkenne man keinen wahrhaftigen Trost und Hilfe, solle der Hochmeister den Vertretern der Fürsten und der Ritterschaft erklären: Die Länder des Ordens seien ihm gegeben und gewonnen von Grafen, Fürsten und der Ritterschaft zur Beschirmung des heiligen christlichen Glaubens. Ehe der Orden das Land verliere und es Heiden ausliefere, so daß es Polen, Litauer und Heiden wieder der Christenheit entrissen, eher wolle er es ihnen und anderen Herren und Fürsten

134) Das Vorstehende nach OBA 4084, Brief Eglingers aus Bozen an den Hochmeister vom 30. März 1423.

135) Zuletzt hat K. Militzer in seinem Aufsatz: Auswirkungen der spätmittelalterlichen Agrardepression auf die Deutschordensballeien, in: Von Akkon bis Wien (wie Anm. 24), S. 62—75, die Frage untersucht, ob die deutschen Balleien auf Grund ihrer wirtschaftlichen Lage den preußischen Ordensstaat im 15. Jahrhundert finanziell unterstützen konnten. Nach seiner Auswertung von fünf Visitationsberichten der Deutschmeister an den Hochmeister „ist nicht daran zu zweifeln, daß die Balleien außerstande waren, dem Hochmeister nach der Schlacht von Tannenberg größere Summen zu überweisen“ (S. 64, vgl. auch S. 66).

136) LUB V, Nr. 2666, vgl. Akten und Rezesse (wie Anm. 19), Nr. 316.

übergeben, damit jedermann seinen Teil wahre und beschirme. Die Ordensbrüder würden dann gerne ihr Blut, Leib und Leben einsetzen, damit die Lande nicht wieder heidnisch würden.

„Ausgeführt, hätte der Vorschlag eine Bankrotterklärung des Deutschen Ordens in Preußen auf Anraten der eigenen livländischen Partei des Hochmeisters bedeutet, die an einer Verteidigung des preußischen Ordenslandes mit eignen Kräften des Deutschen Ordens allein zweifelte und eher in einer Art Säkularisation ein Mittel zum Widerstande gegen Polen-Litauen erblickte“.¹³⁷ Der Plan der livländischen Gebietiger interessiert nicht wegen seines Realitätsgehaltes; ob jemals irgendwelche Aussichten auf seine Verwirklichung bestanden haben, bleibt recht gleichgültig. Aber er zeigt, auf welch extreme Möglichkeiten manche Ordenskreise in ihren Gedanken verfielen. Die allgemeine Lage des preußischen Ordens beurteilten sie als so verzweifelt, daß sie glaubten, ihm bis zu einem gewissen Grade die Selbstaufgabe zumuten zu müssen. Der Orden, „das Spital des deutschen Adels“, sollte seine preußische Herrschaft dem deutschen Fürstentum und der deutschen Ritterschaft übertragen, damit der Ordensstaat sich überhaupt noch gegen Polen-Litauen behaupten konnte. Man mag einschränkend darauf verweisen, daß führende Vertreter des livländischen Ordenszweiges sich über die preußischen Verhältnisse äußerten, sie selbst also nicht unmittelbar von den Folgen ihres Vorschlages betroffen gewesen wären. Aber zumindest für sie schien der Problemdruck so sehr auf dem Hochmeister zu lasten, daß sie eine Lösung nicht mehr von der Bewältigung einzelner Fragen erhofften, sondern nur noch von einem Herrschaftswechsel. Der Beschluß vom 3. Januar 1423 erhellt schlaglichtartig die Bewußtseinslage innerhalb des Ordens, als Zeugnis für die damalige Stimmung muß er vor allem gewertet werden.

In Kenntnis dieser Umstände überrascht es nicht mehr so sehr, daß Sigismund im März 1423 seine Bündnis- und Kriegspläne mit dem Orden gegen Polen-Litauen aufgab und sich stattdessen unter Preisgabe der hochmeisterlichen Forderungen mit Władysław-Jagiello auf einen gemeinsamen Kampf gegen die Hussiten einigte. Der Orden war damit zur Ratifizierung des Friedensvertrages vom Melno-See gezwungen; sein Ziel im Winter 1422/23, die Bedingungen der Unterhändlerabmachung vom 27. September 1422 zu seinen Gunsten zu verbessern, hatte er nicht durchzusetzen vermocht.¹³⁸ Die Entscheidung, von der eingangs gesprochen wurde, war gegen ihn ausgefallen.

II. Die Probleme: Militärische und finanzielle Verlegenheiten der Ordenspolitik

Man wird den vorausgegangenen Darlegungen vielleicht entgegenhalten, daß sie sich in der Nachzeichnung der Ordenspolitik stellenweise zu sehr ins Detail versenkt hätten. Es erschien aber notwendig, die einzelnen

137) Arbusow, in: Akten und Rezesse (wie Anm. 19), S. 286.

138) Neitmann, Revindikationspolitik (wie Anm. 1), S. 67—78.

politischen Aktionen und Überlegungen so ausführlich zu schildern, damit die zugrundeliegenden Probleme umso anschaulicherzutage traten und sich nicht zu bloßen abstrakten Formeln verflüchtigten. Auf Grund dessen lassen sich die wichtigsten Schwierigkeiten des Ordensstaates zwischen Tannenberg und Thorn, soweit sie sich in den behandelten Vorgängen niedergeschlagen haben, leichter in den folgenden fünf Punkten analysieren.

1. Der preußische Ordensstaat war militärisch gegenüber seinen Gegnern Polen und Litauen dadurch benachteiligt, daß er von den Heimatgebieten seiner potentiellen Helfer im Westen und Süden des Reiches, von den Aufgeboten der deutschen Balleien, durch viele Hunderte von Kilometern getrennt war. Die großen Entfernungen und damit auch die langsame Nachrichtenübermittlung machten es unmöglich, daß Truppen aus dem geographischen Bereich der Kernbesitzungen des Ordens innerhalb kurzer Zeit auf den preußischen Kriegsschauplatz gelangten. Der Hochmeister mußte selbst im Idealfall zwei bis drei Monate vor den erwarteten Kampfhandlungen Verstärkungen aus dem Reich bestellen, damit sie ihm rechtzeitig zur Verfügung standen. Langwierig und vielfältig waren die nötigen Einzelabläufe: Der Hochmeister benachrichtigte den Deutschmeister und die Landkomture vom drohenden Kriegsausbruch und forderte sie zur Entsendung von Truppen auf. Dann sammelten sie ihre eigenen Kräfte und warben fremde an, wobei sie ihnen noch Zeit zur Rüstung gewähren mußten.¹³⁹ Endlich konnte der drei- bis vierwöchige Marsch nach Preußen angetreten werden. Rücksprachen kamen vielleicht noch hinzu. Zwei Beispiele: Am 7. bzw. 11. März 1418 befahl Michael Kuchmeister Söldnerführern und dem Deutschmeister, bis zum 15. Mai zur Verteidigung des Ordens in Preußen einzutreffen. 1419 wies er dieselben in der zweiten Märzhälfte an, sich für einen Kampf nach dem Ablauf des Waffenstillstandes am 13. Juli zu rüsten. Mitte Juni erging der Befehl zum sofortigen Aufbruch. Nachdem der Waffenstillstand am 19. Juli doch wider Erwarten verlängert worden war, erreichte die Nachricht davon den Deutschmeister und die Komture von Altenbiesen und Elsaß-Burgund mit ihren Truppen in Thüringen.¹⁴⁰

Solche Rahmenbedingungen erschwerten auch im Jahre 1422 die militärische Mobilmachung des Gesamtordens in entscheidendem Maße. Der Ausgang des Krieges hing auch davon ab, ob es gelang, innerhalb kurzer Zeit starke Kräfte im Reich zu sammeln und rasch nach Preußen zu führen, so daß sie es bei oder kurz nach Kriegsausbruch erreichten. Dabei fiel es dem Hochmeister zu, früh genug die deutschen Gebietiger zu den

139) 1429 wies der Deutschmeister den Hochmeister darauf hin, „das myne gebietiger verre voneynander gesessen sin und weit zusammen haben. Wurd es sich nu ye zu kriege machen (...), so laßet es mich bytziiten vor wissen, dann biß das ich sie zusammenbringe und sie wider heym komen und sich richten und gerusten, das wirt viel tziit benemen und vielleicht sich zu lange vertziehen“. OBA 5059.

140) Krumholtz (wie Anm. 129), S. 257—260; ten Haaf (wie Anm. 54), S. 46 f.

notwendigen Rüstungen und Werbungen zu veranlassen und ihnen für ihren Zug feste Termine zu setzen. Die Balleien waren aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, ein Heer über längere Zeit auf Abruf bereitzuhalten. Damit die Kosten die tragbaren Grenzen nicht überschritten, mußten also die Zeiträume für die Aufstellung und für den Einsatz der Truppen möglichst nahe beieinander liegen.¹⁴¹ Paul von Rusdorf forderte erst am 12. Juni, eine Woche, nachdem durch das Scheitern der Schultzer Verhandlungen der Krieg nahezu unvermeidlich geworden war, den Deutschmeister und deutsche Landkomture zum alsbaldigen Zug nach Preußen auf, obwohl das Ende des Waffenstillstandes am 13. Juli schon bedrohlich nahe gerückt war. Deshalb befürchtete er selbst schon, Saunshem „wurde gar spete herinkomen mit den synen uns czu hulfe“, zumal er ihm gleichzeitig befahl, dem Komtur von Brandenburg bei seinen diplomatischen Verhandlungen mit dem deutschen König, den Kurfürsten und anderen Reichsfürsten beizustehen.¹⁴²

Ludwig von Landsee und Eberhard von Saunshem wiesen ihren Herrn eindringlich darauf hin, daß eine zahlenmäßig kleine Truppe dem Orden kaum nütze, und sprachen sich für Soldzusagen aus, um größere Hilfskräfte anzuwerben. In diesem Sinne argumentierten auch die deutschen Balleien in der späteren Auseinandersetzung über die Schuld an der Niederlage von 1422. Mit einem geringen Zug hätte man rechtzeitig Preußen erreichen, ihm aber dadurch kaum Hilfe bringen können. Um nicht nur selbst, sondern auch mit Fürsten und Rittern dem Orden beizustehen, hätten sie jedoch ihren Marsch verschieben müssen.¹⁴³ Zur Zusage umfassenderer Zehrungskosten erteilte Rusdorf aber erst Anfang August seine Zustimmung. Dadurch war sehr viel Zeit verlorenggegangen, zu viel, wie sich im nachhinein herausstellte. Denn danach nahmen die Vorbereitungen für das Reichsheer, d. h. die diplomatischen Verhandlungen und Absprachen auf dem Nürnberger Reichstag und die anschließende Rüstung der Teilnehmer in ihrer Heimat bis hin zum Eintreffen am Sammelpunkt Erfurt, noch fast zwei Monate in Anspruch. Rusdorf mußte sich darüber im klaren sein — und er wurde ja auch mehrmals darauf hingewiesen —, daß er, von Anfang August an gerechnet, noch fast drei Monate allein auf die eigenen preußischen Kräfte würde bauen müssen, ehe das große Hilfsheer wirksam in den Kampf gegen Polen-Litauen eingreifen konnte. Die schweren Verwüstungen des Gegners im Kulmerland und die daraus entspringende Opposition der Dienstpflichtigen und der preußischen Stände ließen ihn nicht so lange durchhalten. Rusdorfs Zögern erwies sich als verhängnisvoll. Seine zwiespältige Stellungnahme zur Soldfrage führte dazu, daß die Hilfstruppen viel zu spät aufgestellt wurden und infolgedessen gar nicht mehr zur Wirkung kamen. Der Kosten für sie war er jedoch dadurch nicht ledig geworden.

141) Vgl. die Ausführungen der deutschen Landkomture von 1429 zu den militärischen Problemen der Unterstützung Preußens durch die Balleien, OBA 5142 = Anhang, unten S. 373—377.

142) Berichte III/1, Nr. 116. OBA 3731 (daraus das Zitat).

143) OBA 5142 = Anhang.

2. Das Verhalten des Hochmeisters hatte freilich seine handfesten Ursachen. In der Regierungszeit seines Vorgängers Michael Kuchmeister waren die Ordenskassen durch die ständigen Soldzahlungen aufs äußerste angestrengt worden. Denn da seit 1416 der Waffenstillstand mit Polen-Litauen jeweils nur um ein Jahr, zumeist erst im allerletzten Augenblick, verlängert worden war, hatte es Kuchmeister für nötig erachtet, rechtzeitig Truppen im Reich anwerben zu lassen, um für den Fall eines Kriegsausbruches gerüstet zu sein.¹⁴⁴ Weil dadurch die Zahlungsfähigkeit des Ordensstaates immer mehr gefährdet wurde, verzichtete Rusdorf nach seinem Amtsantritt im März 1422 auf die erneute Heranziehung fremder Truppen und verließ sich gänzlich auf das politische Zusammenwirken mit König Sigismund gegen Polen-Litauen.¹⁴⁵ Daß er die finanzielle Lage des Ordensstaates zutreffend eingeschätzt hatte, zeigten der Krieg im Sommer 1422 und seine Nachgeschichte im Winter 1422/23. Die Geldnot Preußens wurde nochmals erbarmungslos aufgedeckt. Die strukturellen Gründe lagen einerseits — um eine Kurzformel zu verwenden — in der spätmittelalterlichen Agrarkrise und andererseits in den Folgen der verschiedenen Kriege seit 1409. Friedrich Beninghoven hat für das spätmittelalterliche Ostbaltikum in eindringlichen Darlegungen den Typus des Verheerungsfeldzuges geschildert.¹⁴⁶ Sein militärisches Ziel bestand darin, „den Gegner durch Lahmlegung seines Wirtschaftspotentials verteidigungsunfähig (zu) machen“. Daran gemessen, reichte der polnisch-litauische Erfolg über die Gewinne im Friedensvertrag hinaus. Die feindlichen Truppen hatten Teile Preußens, gerade auch wirtschaftlich bedeutende Gebiete, so sehr verwüstet, daß das Land im Winter 1422/23 kaum imstande war, die auswärtigen Gäste auch nur mit dem Notwendigsten zu versorgen. Wenn die finanziellen Mittel nicht bereits durch die Kriegführung aufgezehrt waren, wurden sie jetzt dringend für den Wiederaufbau benötigt, ein Gesichtspunkt ersten Ranges, wenn der Hochmeister nicht die Bevölkerung des Landes, in erster Linie die Stände, gegen sich aufbringen wollte. Für die erfolgversprechende Aufnahme des Kampfes gegen Polen-Litauen genügten die eigenen militärischen Kräfte, das preußische Landesaufgebot, wegen seiner vergleichsweise geringen Stärke nicht, dazu mußte der Orden Hilfstruppen aus dem Reich heranziehen. Deren Geldforderungen überstiegen aber bei weitem seine finanziellen Möglichkeiten, wie allein schon das Beispiel Herzog Heinrichs von Bayern-Landshut zeigt.

Der Hochmeister bemühte sich zur Eindämmung der Notlage verständlicherweise um andere Geldquellen, aber sie erwiesen sich als von höchst zweifelhaftem Wert, aus doppeltem Grunde. Ihre Ergiebigkeit war, sofern

144) Vgl. dazu mit einer Fülle von Belegen Krumholtz (wie Anm. 129), S. 256—262, außerdem die prägnante Zusammenfassung des Problems bei Ekdahl, Krieg (wie Anm. 11), S. 615—617.

145) Ekdahl, Krieg (wie Anm. 11), S. 627 f.

146) F. Beninghoven: Zur Technik spätmittelalterlicher Feldzüge im Ostbaltikum, in: ZfO 19 (1970), S. 631—651, insbes. S. 633.

überhaupt vorhanden, sehr begrenzt, und vor allem beschworen die Geldleistungen neue weitergreifende Konflikte mit unwägbareren Konsequenzen herauf. Den eigenen preußischen Untertanen ein neues Geschoß anzutragen trotz der schweren Schäden aus drei Kriegen und nach dessen Ablehnung ersatzweise den Pfundzoll wieder einzuführen, machte dem Hochmeister unter den Ständen sicherlich keine neuen Freunde, und insbesondere mußte er darauf gefaßt sein, daß Städte und Ritterschaft für ihre finanziellen Leistungen eines Tages mehr politische Herrschaftsrechte für sich fordern würden. Die Veräußerung von Kammerballeien oder Teilen davon stieß sowohl auf den Widerstand des jeweiligen Landesherrn als auch der Ordensbrüder, weil der Orden dann nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr die Rolle hätte wahrnehmen können, die man ihm in vielen Territorien im 15. Jahrhundert zugedacht hatte: Versorgungsspital des deutschen Adels zu sein. Dieser Gesichtspunkt dürfte aber in seiner Bedeutung noch von einem anderen Problem überlagert worden sein.

Für den deutschen Ordenszweig ergab sich aus den Kriegen gegen Polen-Litauen eine zweifache Belastung. Zum einen erhöhte der Ruf des Hochmeisters nach einem weiteren Kriegszug den Schuldenberg, unter dem die meisten Balleien bereits seufzten, um hohe Beträge, denn die Kosten für den Unterhalt der eigenen und die Anwerbung der fremden Truppen fielen ihnen zu.¹⁴⁷ Und zum anderen gefährdete die Zahlungsunfähigkeit des preußischen Ordensstaates auch noch den Bestand der Balleien, denn wenn ein Herr aus dem Reich seine Soldforderungen vom Hochmeister im fernen Preußen nicht erfüllt sah, lag für ihn der Gedanke auf der Hand, seine Ansprüche durch den Zugriff auf nahegelegene Besitztümer des Ordens zu befriedigen. Im Jahre 1429 hielten die Landkomture dem Hochmeister vor, daß die deutschen Balleien seit der Schlacht bei Tannenberg 1410 durch ihre Hilfeleistungen zugunsten Preußens Schäden in Höhe von mehr als 60 000 Gulden erlitten hätten, ohne Einbeziehung weiterer Unkosten in Höhe von 20 000 Gulden, deren Erstattung der Hochmeister schon geleistet oder wenigstens zugesagt hatte. Daß ihre großen Ausgaben, die ihnen zum Schaden gereicht hatten, dem Preußenland nicht in dem erhofften Maße zugutegekommen waren, tat ihnen sicherlich nicht nur leid, wie sie schrieben, sondern löste bei ihnen auch tiefe Erbitterung über den Hochmeister aus, weil er, wie sie ihm in kaum verhüllter Form zu verstehen gaben, die Schuld für die Niederlage von 1422 von seiner verfehlten Kriegsplanung auf ihre angebliche Säumnis abzuwälzen suchte.¹⁴⁸ Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich,

147) Es ist nicht zu leugnen, daß die deutschen Balleien für die Bereitstellung von Truppen beträchtliche Summen aufgebracht haben. So wandte der Koblenzer Landkomtur Gerhard von Benesis für den Kriegszug nach Preußen, für den er rheinische Adlige anwarb, nach einem Schuldenverzeichnis aus dem Jahre 1427 insgesamt 7500 Gulden auf, die er sich durch die Verpfändung von Gütern der Kommenden Koblenz, Köln und Mecheln besorgt hatte. Limburg (wie Anm. 130), S. 83 f.

148) OBA 5142 = Anhang, unten S. 373—377.

daß der Deutschmeister wenigstens einen Teil der Verluste vom Hochmeister in einer Art und Weise wieder beschaffte, für die das Wort Erpressung kaum fehl am Platze ist. Aber er sah wohl keine andere Möglichkeit, als so den Geldfluß von Deutschland nach Preußen auch in einen rückläufigen Strom zu verwandeln.

Man sollte jedoch nicht so sehr die persönliche Eigenart Eberhards von Saunsheim in den Mittelpunkt rücken¹⁴⁹, sondern stattdessen die sachliche Problematik beleuchten. Der Kampf Preußens gegen Polen-Litauen versetzte zugleich den gesamten Orden unter schwerste Belastungen, da Preußen wegen seiner militärischen und politischen Schwäche nach 1410 auf die Hilfe des deutschen und des livländischen Ordenszweiges angewiesen war. Die deutschen Balleien gelangten dabei jedoch angesichts ihrer Erfahrungen seit Tannenberg zu dem Schluß, daß die Hochmeister nicht nur verständlicherweise ihre Leistungsfähigkeit beanspruchten, sondern sie auf Dauer überspannten, so daß der Deutschmeister zu seinem Oberhaupt 1423 — wie schon einmal unter Heinrich von Plauen — um der Behauptung und Erhaltung des deutschen Ordensbesitzes willen in entschiedene Opposition trat. Für die historische Rückschau kommt es dabei nicht auf irgendwelche Schuldzuweisungen an Paul von Rusdorf oder Eberhard von Saunsheim an, sondern darauf, daß sich unter dem ungeheuren Druck, der seit 1410 auf dem Gesamtorden ruhte, in seinem Gefüge zwischen seinen einzelnen Teilen Risse auftaten, weil die dauernde Anspannung Preußens die anderen Ordenszweige gefährdete. Der rigorose Angriff Eberhards von Saunsheim auf Paul von Rusdorf in den Jahren 1436—1440 brach zwar erst durch die unterschiedliche Beurteilung des Brester Friedens aus, aber seine Vorgeschichte reicht weiter zurück. Seine Ursachen sind auch in den hier geschilderten Umständen zu suchen. Diese Bemerkungen wollen nicht die Politik Saunsheims rechtfertigen, aber sie wollen zumindest einmal die Berechtigung einer gängigen Perspektive anzweifeln. In Form einer einseitig zugespitzten Alternative könnte man die Frage etwa folgendermaßen formulieren: Haben die Selbständigkeitsbestrebungen der Deutschmeister sie zur Einschränkung oder gar Verweigerung von Hilfeleistungen an Preußen geführt, oder haben umgekehrt die übermäßigen Hilfeanforderungen der Hochmeister die Autonomietendenzen der Deutschmeister zumindest befördert, wenn nicht gar ausgelöst? Die Frage müßte auf breiterer Grundlage als der hier dargebotenen beantwortet werden und kann daher an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden.

3. Es überrascht nach all dem nicht, daß Paul von Rusdorf die diplomatische Zusammenarbeit mit König Sigismund anstrebte und solche Hilfstruppen bevorzugte, die „um Gott und der Christenheit willen“ nach Preußen marschierten. Unter solchen Voraussetzungen mußten aber die

149) Diesen Gesichtspunkt schiebt der Aufsatz von C. A. Lückera th, Saunsheim (wie Anm. 103), einseitig als Erklärung für die Differenzen zwischen dem Deutschmeister und dem Hochmeister in den Vordergrund, vgl. insbes. S. 273 mit Anm. 10, S. 285 f.

Bestrebungen des Ordens zur Revision des Friedensschlusses vom 27. September 1422 vor vornherein fragwürdig erscheinen. Denn was konnte der Orden Sigismund schon für ein gemeinsames Bündnis gegen Polen bieten? Preußen bedurfte mehr der Hilfe, als daß es anderen hätte Hilfe gewähren können. Seine wirtschaftliche und finanzielle Schwäche setzte den Orden außerstande, die notwendigen größeren Truppenmengen zu bezahlen, so daß man die Erfolgsaussichten im Kampf gegen Polen-Litauen skeptisch beurteilen mußte. Statt sich mit einem geschwächten Bündnispartner in einen unsicheren Krieg einzulassen, zog es Sigismund vor, sich um Böhmens willen mit Władysław-Jagiello auf dem Rücken des Ordens zu einigen. Trotzdem verzichtete der Hochmeister in den folgenden Jahren nicht darauf, immer wieder die königliche Unterstützung für sich in Anspruch zu nehmen, denn mangels eines anderen Helfers blieb ihm keine andere Möglichkeit. Der Orden hatte aufgehört, zu den aktiven Gestaltern Ostmitteleuropas zu gehören. Er konnte nur noch durch Lavieren zwischen den Mächten versuchen, sein Dasein zu retten.

Dieses Urteil über die außenpolitische Lage des Ordens gründet sich auf die Überzeugung, daß die politische Geschichtsschreibung nicht bei der Rekonstruktion der diplomatischen Schachzüge stehen bleiben darf, sondern Umstände der Agrar-, Wirtschafts- und Militärgeschichte unter dem Gesichtspunkt ihrer politischen Konsequenzen heranziehen muß. Eine moderne Analyse etwa der Gotlandpolitik des Ordens — um noch ein anderes Beispiel zur Verdeutlichung anzuführen — dürfte sich nicht damit begnügen, in der Nachfolge von Otto Kehlert¹⁵⁰ allein die diplomatischen Aktionen des Ordens mit den beiden anderen beteiligten Mächten Dänemark und Mecklenburg nachzuzeichnen, sondern müßte umfassender danach fragen, welche Bedingungen seine politischen und militärischen Aktionen ermöglichten, bestimmten und begrenzten. Es liegt auf der Hand, daß sein Vorgehen wesentlich durch die Interessen der großen preußischen Handelsstädte beeinflußt wurde. Einerseits störten die Vitalienbrüder auf Gotland empfindlich ihren Handel, und andererseits befürchteten sie eine dänische Übermacht in der Ostsee infolge der Kalmarer Union. Die Gotlandpolitik berührt somit ein innerstaatliches Problem, das Verhältnis des Ordens als Herrschaftsträger zu einer der beiden ständischen Gruppen im Lande. Einzubeziehen wären ferner die militärtechnischen Gesichtspunkte, die Friedrich Bennighoven gründlich untersucht hat¹⁵¹, weil sie schwerwiegende politische Konsequenzen nach sich zogen. Die militärische Kraft des Ordens reichte nicht aus, um mit Aussicht auf Erfolg einen Mehrfrontenkrieg gegen die Kalmarer Union von Dänemark, Schweden und Norwegen und gegen die Wilnaer Union von Polen und Litauen zu bestehen. Zur Abwehr des dänischen Angriffs war der Orden 1404 gezwungen, auch sein Aufgebot aus den südlichen Landesteilen

150) O. Kehlert: Die Insel Gotland im Besitz des Deutschen Ordens 1398—1408, in: *Altpreuussische Monatsschrift* 24 (1887), S. 385—442.

151) F. Bennighoven: Die Gotlandfeldzüge des Deutschen Ordens 1398—1408, in: *ZfO* 13 (1964), S. 421—477, danach im folgenden.

Preußens heranzuziehen, obwohl dadurch die Grenze gegen Polen von Truppen entblößt wurde. Er ging das Wagnis ein, weil sich zu diesem Zeitpunkt ein (vorübergehender) Ausgleich mit Polen-Litauen anbahnte. Schließlich verursachten die Gotlandfeldzüge gewaltige Kosten, insgesamt in zehn Jahren mehr als 70 000 preußische Mark, so daß sie für das Ordensland unter finanziellem Gesichtspunkt ein reines Verlustgeschäft waren. All diese Umstände lassen begreiflich erscheinen, daß der Orden wohl gar nicht danach gestrebt hat, die Insel auf Dauer für sich zu behaupten, sondern sie gegen eine angemessene Entschädigung abzutreten bereit war. Die allgemeine militärische, finanzielle und wirtschaftliche Lage des Ordenslandes muß in das Bild einbezogen werden, weil erst vor diesem Hintergrund Möglichkeiten und Grenzen der Ordenspolitik offengelegt und die Entschlüsse der Hochmeister gewürdigt werden können.¹⁵²

4. Mit den bislang erörterten Gesichtspunkten ist jedoch das Kernproblem der Ordenspolitik in den Vorgängen von 1422/23 noch nicht erfaßt; eine letzte Frage bleibt noch zu klären. Die finanziellen Mittel des preußischen Ordensstaates reichten (u. a.) wegen der Kriegsverwüstungen für die Bezahlung eines größeren Söldnerheeres nicht aus, und alle Versuche zur Erschließung neuer Geldquellen beschworen, statt die Kassen wieder zu füllen, nur neue Komplikationen mit den anderen Ordenszweigen in Deutschland und Livland und mit den preußischen Ständen herauf. Aber warum war denn der Orden für seine Kriegführung gegen Polen-Litauen so sehr auf Söldner angewiesen, warum vermochte er sie nicht mehr zu entbehren? Im 14. Jahrhundert hatte er jahrzehntelang — mit Unterbrechungen — gegen die Litauer gekämpft, ohne auf Söldner zurückzugreifen. Damals war ihm der Adel Mittel- und Westeuropas, aus dem Reich, aus Frankreich und England, zu den Kreuzzügen gegen die heidnischen Litauer zugeströmt.¹⁵³ Aber diese Zeiten gehörten längst der Vergangenheit an, wie die Landkomtüre der deutschen Balleien im Jahre 1429 dem Hochmeister in aller Deutlichkeit auseinandersetzen, wobei sie die zentrale Problematik des Ordensstaates im 15. Jahrhundert lapidar in einem Satz zusammenfaßten: „Es sin auch vortziiten fursten, herren, ritter

152) Weil Kehlert (wie Anm. 150) die objektiven Rahmenbedingungen der Ordenspolitik überhaupt nicht berücksichtigt, ist sein Urteil über Konrad von Jungingen (insbes. S. 396 f.) gänzlich verfehlt. Daß ein militärischer Kampf um Gotland gegen Dänemark riesige Summen verschlungen hätte, daß ein fort-dauernder Konflikt Polen-Litauen auf Dauer nicht unberührt gelassen hätte, daß die militärischen Kräfte des Ordens schon durch einen Kriegsschauplatz enorm angespannt worden waren, all das machte ein Ausgreifen nach Gotland auf die Dauer unmöglich, verwehrte dem Hochmeister also gerade eine „mäßige Eroberungspolitik“, die Kehlert ihm empfiehlt (S. 395). Sehr viel besser als Kehlerts Untersuchung läßt die gesamte Problematik der Gotlandpolitik die Arbeit Bennighovens hervortreten, obwohl sie eigentlich nur deren im engeren Sinne militärischen Aspekten gewidmet ist.

153) Vgl. W. Paravicini: Die Preußenreisen des europäischen Adels, in: *Histor. Zs.* 232, 1981, S. 25—38; E. Maschke: Burgund und der preußische Ordensstaat, in: *ders.*: *Domus Hospitalis Theutonicorum* (Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 10), Bonn-Godesberg 1970, S. 15—34 (zuerst 1956).

und knechte gein Prussen geritten durch got und ritterschaff, es was aber wider die ungleubigen, dafür sie es nu nicht halten wollen“.¹⁵⁴ Die Rechtfertigung der Litauerreisen entfiel, als das Großfürstentum durch die polnisch-litauische Union von 1386 christianisiert wurde. Ein Krieg des Ordens gegen Litauen oder gegen die polnisch-litauische Union wurde fortan nicht mehr als Kreuzzug betrachtet, da man Litauen für ein christliches Land ansah — trotz der anderslautenden Propaganda des Ordens, und infolgedessen blieben die Kreuzfahrer aus.

Paul von Rusdorf hat diesen Tatbestand auch 1422 — bewußt oder unbewußt — durch die Art seiner Hilfswerbungen im Reich eingestanden. Er stellte den Orden geradezu als unentbehrlichen Eckpfeiler des Widerstandes gegen die Hussiten hin, da er Polen-Litauen von einem Eingreifen zugunsten der Ketzer abhalte. Man mag die Äußerungen Rusdorfs damit erklären, daß er hoffte, den Böhmenkönig Sigismund und die Reichsfürsten mit einem Argumentationsumweg über den Reichsteil Böhmen besser für das Schicksal des preußischen Ordensstaates und seines Kampfes gegen das vom Reich aus gesehen ferne Litauen zu interessieren. Aber gerade wenn diese Überlegung zutrifft, zeigt sie, daß der Hochmeister dem Gedanken des Litauerkreuzzuges keinerlei werbende Kraft mehr zugetraut hat. Es bleibt doch bezeichnend, daß er in seinen Hinweisen für den Nürnberger Reichstag den Kampf gegen die „ungläubigen“ oder „scheinchristlichen“ Litauer mit keiner Silbe erwähnte und einzig und allein die Ketzer in den Vordergrund schob. Aber im Reich war die Lage so bestellt, belehrten ihn die deutschen Landkomture 1429, daß jedermann aufgerufen wurde, um Gott und der Ehre willen die böhmischen Ketzer zu vernichten. Um die Ritter einem Ritt nach Preußen geneigter als einem nach Böhmen zu machen, bedurfte es wenigstens der Reisegeld- und Schadenersatzzahlungen.¹⁵⁵ Ohne finanzielle Leistungen brauchte der Orden sich nicht mehr um die Werbung von Truppen zu bemühen. Diese Feststellungen lassen es auch verfehlt erscheinen, den Feldzug von 1422 wegen der Beteiligung von Gästen aus dem Reich noch als letzten Ausläufer der Litauerreisen des 14. Jahrhunderts einzuordnen.¹⁵⁶ Wir finden 1422 weder die Begründung — Kreuzzug gegen die ungläubigen Litauer — noch die materielle Ausstattung — Ausrüstung der Kreuzfahrer auf eigene Kosten —, wie sie für die Litauerreisen des 14. Jahrhunderts charakteristisch waren. Stattdessen wurde vom Hilfskampf gegen die ketzerischen Hussiten und von Soldzahlungen gesprochen, Erscheinungen, die das 15. Jahrhundert, die Zeit nach Tannenberg, kennzeichneten. Die näheren Umstände des Krieges von 1422 belegen, daß der Litauerkampf ein abgeschlossenes Kapitel der Vergan-

154) OBA 5142 = Anhang, unten S. 373—377.

155) Ebenda.

156) Die Bemerkungen E. Weises: Der rheinische Hochmeister Paul Rusdorf (1422—41) und das Widerstandsrecht der preußischen Stände, in: Jb. des Kölnischen Geschichtsvereins 27 (1953), S. 1—41, hier: S. 9, und ders.: Der Heidenkampf des Deutschen Ordens (III. Teil), in: ZfO 13 (1964), S. 401—420, hier: S. 405, über die westliche Unterstützung für den Orden im Krieg von 1422, ihre Motive und Bedeutung gehen in jeder Beziehung an der Sache vorbei.

genheit war, an das nicht mehr angeknüpft wurde, nicht mehr angeknüpft werden konnte, weil seine Voraussetzungen weggefallen waren.

5. Versuchen wir zum Schluß, die verschiedenen Einzelbeobachtungen unter der eingangs gestellten Leitfrage nach dem Handlungsspielraum des Hochmeisters zusammenzufassen. Die Politik Pauls von Rusdorf zielte darauf ab, im Zusammenwirken mit König Sigismund Polen-Litauen zur Anerkennung und Ausführung des Breslauer Schiedsspruches von 1420 zu zwingen. Als durch das Scheitern des päpstlichen Vermittlungsversuches der Krieg voraussehbar geworden war, vertraute der Hochmeister noch bis Anfang August 1422 darauf, daß ihm der deutsche König und andere Reichsglieder auf eigene Kosten militärischen Beistand leisten würden. Diese Hoffnung erwies sich als folgenschwere Fehlkalkulation, denn eine größere Hilfsaktion kam erst zustande, als sich Rusdorf unter dem Eindruck des feindlichen Einbruchs in das Kulmerland endlich widerwillig zu finanziellen Zusagen durchrang. Der Entschluß wurde jedoch zu spät gefaßt, denn wegen der notwendigen Anlaufzeit für die Aufstellung der Truppen im Reich und für deren Marsch nach Osten trafen sie erst in Preußen ein, als hier der Orden schon unter ständischem Druck Frieden geschlossen hatte. Rusdorfs Vorgänger Michael Kuchmeister hatte trotz seiner Finanzschwäche jedesmal, wenn die Verlängerung des Waffenstillstandes ungewiß war, zum Schutz des Landes Söldner im Reich anwerben lassen. Was wäre geschehen, wenn sich Rusdorf 1422 genauso verhalten hätte? Die Antwort muß wegen der Unvorhersehbarkeit eines Ereignisablaufs unter geänderter Voraussetzung notwendigerweise bis zu einem gewissen Grade spekulativ bleiben, aber die Frage zu stellen und über sie ein wenig nachzudenken, ist doch sinnvoll, weil sie hilft, den Entschluß Rusdorfs in seiner Bedeutung und in seinem Gewicht für das Gesamtgeschehen abzuwägen.¹⁵⁷ Hätte sich der Hochmeister von vornherein und sofort nach dem Scheitern der Zeno-Mission unter Hintanstellung seiner finanziellen Bedenken um Truppen auf Söldnerbasis bemüht, hätte zumindest ein erheblicher Teil von ihnen Preußen viel früher erreichen und in die Kämpfe eingreifen können, und auch die Reichsfürsten hätten sich vielleicht rascher zu Hilfsmaßnahmen aufgerafft. Jedenfalls wäre der Orden bei Kriegsausbruch nicht nur auf das Landesaufgebot angewiesen gewesen, sondern schon mit Kriegsvolk aus dem Reich wesentlich verstärkt worden, so daß es ihm wohl gelungen wäre, den Einbruch des Gegners ins eigene Land mit den damit verbundenen Verwüstungen zu verhindern oder gar selbst ins Feindesgebiet vorzustoßen. Er hätte — das wird man mit aller Vorsicht, aber doch mit Sicherheit sagen dürfen — militärisch günstiger dagestanden, als er es tatsächlich im Herbst und Winter 1422 tat, und der Krieg hätte möglicherweise eine solche Wendung genommen und ein solches Ende gefunden, wie es Ludwig von Landsee noch im August 1422 erhoffte.

157) Zu diesem methodischen Problem im allgemeinen vgl. jetzt A. Demandt: Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...?, Göttingen 1984, insbes. S. 16—21.

Daß eine solche Gelegenheit wiederkommen würde, war schwerlich zu erwarten, denn der vorzeitige Friedensschluß des Ordens, die mangelhafte Versorgung im Ordensland und die Schwierigkeiten bei der Bezahlung luden die Gäste nicht unbedingt dazu ein, ihr Unternehmen im Sommer 1423 zu wiederholen. Und Sigismund selbst konnte aus der militärischen und politischen Verfassung des Ordensstaates, wie sie sich im Krieg offenbart hatte, nur die Schlußfolgerung ziehen, daß die Leistungsfähigkeit seines Verbündeten sehr begrenzt war und für die Zukunft nichts Gutes verhiess. Dadurch, daß sich Paul von Rusdorf anders als in vergleichbaren Situationen Michael Kuchmeister entschied, wußte er eine überaus günstige, wohl unwiederbringliche Gelegenheit, eine große Hilfstruppe aus dem Reich im Krieg gegen Polen-Litauen einzusetzen, nicht zu nutzen. Hier liegt ein individueller Entschluß vor, den man auf Grund der Erfahrungen mit der Politik Michael Kuchmeisters zwar verstehen kann, den man aber im nachhinein auf Grund der Ereignisse von 1422/23 als verhängnisvolle Fehlentscheidung bewerten muß.

Freilich darf eine solche Überlegung nicht darüber hinwegtäuschen, daß die günstigere Ausgangslage allein den Orden nicht von seinen langfristigen strukturellen Schwächen befreit hätte. Wenn ihm nicht ein schneller entscheidender Schlag gegen die feindliche Militärmacht gelungen wäre — und ob er sich zu einem solchen Wagnis angesichts der Tannenberger Erfahrung hätte überwinden können, war zumindest zweifelhaft —, hätte sich mit der Fortdauer des Kampfes bald sein Geldmangel in drückender Form bemerkbar gemacht, wären vermutlich Auseinandersetzungen mit den eigenen Verbündeten heraufbeschworen und ihre Einsatzbereitschaft in Frage gestellt worden. Und die möglichen anderen Hilfsquellen, auf die der Hochmeister im Winter 1422/23 zurückgriff, erwiesen sich in ihrer Ergiebigkeit als sehr begrenzt; die einlaufenden Summen waren nur von allzu geringem Umfang. Und vor allem zog die Inanspruchnahme des Landes Preußen und der anderen Ordenszweige negative Konsequenzen nach sich: Der Konflikt mit den preußischen Ständen wurde dadurch verschärft, der Zusammenhalt des Gesamtordens gefährdet. Die leeren Kassen ließen das Bedenken nicht verschwinden, ob der Orden ein größeres Heer überhaupt über längere Zeit würde unterhalten können, ob er aus eigener Kraft nicht nur drei Monate, sondern auch unter Umständen drei Jahre Krieg zu führen vermochte, wie es die deutschen Landkomture 1429 verlangten.¹⁵⁸ Und die Finanzschwäche lag weniger in aktuellen vorübergehenden Ereignissen begründet als in langfristigen Entwicklungen. Die spätmittelalterliche Agrardepression mit dem Verfall des Getreidemarktes und der Getreidepreise beraubte den Orden einer seiner wichtigsten Einnahmequellen, des Gewinns aus dem Getreidehandel, und die umfangreichen Verwüstungen allein schon der beiden Kriege von 1410 und 1414 hatten die Wirtschaftskraft des Landes so sehr beeinträchtigt, daß an einen schnellen Wiederaufstieg nicht zu denken war, ja dafür eigentlich erst Mittel hätten investiert werden müssen. Und einen Umstand vermochte

158) OBA 5142 = Anhang, unten S. 373—377.

der Orden trotz aller anderslautenden Kundgebungen nicht mehr zu ändern: Litauen war christianisiert, was die Umwelt bis hin zum deutschen König und zum Papst anerkannt hatte, zählte als Mitglied der *res publica christiana*, und damit war die Ursache für die Kreuzzüge des west- und mitteleuropäischen Adels nach Preußen entfallen. Stattdessen mußte der Orden in Zukunft angesichts der überlegenen feindlichen Streitmacht über das eigene Landesaufgebot hinaus auf Söldner zurückgreifen. Dafür brauchte er aber Geld, das er bei weitem nicht in genügender Menge hatte. Auf diese strukturellen Umstellungen, die außerhalb der Einwirkungsmöglichkeiten eines einzelnen Hochmeisters wie auch des gesamten Ordens lagen, ging ein Großteil der Schwierigkeiten des Ordensstaates im 15. Jahrhundert zurück.

Damit ist bereits der Vorwurf, der eben an Paul von Rusdorf gerichtet wurde, zwar nicht beiseite geschoben, aber doch in seinem Gewicht stark relativiert. Im Grunde genommen hatte er so Unrecht nicht, wenn er den Ordensstaat eines Söldnerkrieges nicht für fähig hielt — es sei denn, er hätte solche das gesamte Staatsgefüge umstürzenden Konsequenzen in Betracht gezogen, wie sie der Plan der livländischen Gebietiger vom Januar 1423 entwickelte und wie sie dann im und durch den Söldnerkrieg von 1454—1466 eintraten. Aber so sehr Rusdorf zu Recht von den beschränkten finanziellen und damit auch militärischen Mitteln des Ordens überzeugt war, so sehr irrte er sich, wenn er glaubte, trotzdem zum einen sich ein hohes politisches Ziel, die Verwirklichung des Breslauer Schiedspruches und damit letztlich die Rückkehr zum territorialen Zustand von 1398/1404, setzen und zum anderen dieses Ziel mit dem Rezept des 14. Jahrhunderts, dem Kreuzzug, erreichen zu können. Rusdorf selbst scheint sich die Diskrepanz zwischen seinem gesetzten Zweck und den verfügbaren Mitteln nicht klargemacht zu haben, wie seine Schlußfolgerung aus seiner Erfahrung mit den Gästen für seine zukünftige Politik belegt. Am 24. Januar 1423 schrieb er seinem Gesandten Ludwig von Landsee, „das is uns czu sweer were, sulden wir alle die mit koeste besorgen, die uns in semelicher weise czu hulfe qwemen, nochdem als is uns mit dessen gehalten gesten hat irgangen“. Aber gerade aus diesem Grunde bemängelte er an dem vorliegenden Entwurf eines Bündnisvertrages mit König Sigismund und schlesischen Fürsten und Städten, nirgends ausgedrückt gefunden zu haben, „das iclich teil dem andern helfen sal mit synes selbens czerunge und koste und off seyns selbens schaden und fromen“.¹⁵⁹ Er kehrte damit eigentlich nur zu seiner alten Haltung vom Sommer 1422 zurück, daß wegen der fehlenden Finanzkraft des Ordens jeder Bundesgenosse auf eigene Kosten um der Christenheit willen für den Orden in Preußen kämpfen müsse, eine Hoffnung, mit der er doch gerade Schiffbruch erlitten hatte, die sich nicht mehr hatte verwirklichen lassen. Es steckte ein tiefer Widerspruch in seiner Politik, wenn sie mit einer hochgesteckten Aufgabe, der Rückkehr zum Zustand vor 1410, antrat, aber für dessen voraussehbare kriegerische Durchsetzung nur über unzureichende eigene

159) OBA 4055.

Mittel verfügte. Vielleicht hätte der Orden ein günstigeres Ergebnis erzielen können, wenn der Hochmeister die Gelegenheit, die ihm die allgemeinpolitische Konstellation des Sommers 1422 bot, rigoros genutzt hätte. Aber zu diesem Schritt versperrte ihm nicht die eigene Überheblichkeit, sondern gerade die (teilweise) Einsicht in die Schwächen des Ordens den Weg. So kann man es doch wohl nicht dem bloßen Zufall, einer falschen Entscheidung des Hochmeisters, zuschreiben, wenn der Friede vom Melno-See den Schwebezustand, in dem sich das Verhältnis des Ordens zu Polen-Litauen seit 1411 bewegte, zuungunsten des Ersteren beendete.

Der I. Thorner Friede hatte Jagiełło und Witold Schamaiten nur zu ihren Lebzeiten überlassen, aber beide hatten in der folgenden Zeit offen oder verdeckt immer wieder zu erkennen gegeben, daß sie es auf Dauer und ohne Einschränkung für sich verlangten, und darüber hinaus noch viel weitergehende Forderungen aufgestellt. Wir haben die letzte Strecke des Weges, der zur Entscheidung über die offenen Streitfragen führte, genauestens verfolgt, und dabei hat sich gezeigt, daß der Friedensvertrag von 1422 das damalige Kräfteverhältnis zwischen den beiden Gegnern widerspiegelte. Weder waren Polen und Litauen in den vorausgegangenen Jahren in der Lage gewesen, zur Durchsetzung ihrer Ansprüche auf Pommerellen den Ordensstaat vollständig niederzustrecken, noch war der Ordensstaat in der Lage gewesen, den Gegner hinsichtlich Schamaitens zur Anerkennung des Thorner Friedens zu bewegen. Wenn der Hochmeister seine Politik unter dieses Ziel stellte, hatte sich sein Handlungsspielraum als zu eng erwiesen, denn die Mittel, die zur Erreichung des Zwecks erforderlich gewesen wären, d. h. vor allem ein bestimmtes Maß an kriegerischer Einsatzbereitschaft und -fähigkeit, gab der verarmte Ordensstaat nicht mehr her, und anderswo waren sie auch nicht zu beschaffen, weil sich die Rahmenbedingungen der Ordenspolitik, die vorgegebene, vom Willen des Ordens unabhängige Umwelt im Vergleich zum 14. Jahrhundert zu ihren Ungunsten gewandelt hatten. Ein tiefer blickender Beobachter der Szenerie mußte erkennen, daß für den Orden eine Rückkehr zu den Zeiten vor 1410 ausgeschlossen war, daß sein weiteres Überleben davon abhing, ob er sich auf die veränderte außen- und innenpolitische Lage würde einstellen können.

In der Literatur findet man häufiger die Meinung ausgesprochen, daß der Orden nach Heinrich von Plauen keinen bedeutenden Hochmeister mehr hervorgebracht habe und darin eine Ursache für seinen politischen Niedergang im 15. Jahrhundert liege. Niemand wird behaupten wollen, daß Paul von Rusdorf zu den herausragenden Gestalten seiner Zeit gehört habe. Wir besitzen keine unmittelbaren persönlichen Zeugnisse von ihm, wir können uns nur auf den geschäftlichen Schriftverkehr stützen, aber gerade darin glaubt man zuweilen einen persönlichen Ton zu spüren. Eine tiefe Unsicherheit über den einzuschlagenden Kurs klingt an, zugleich ein Gefühl der Ohnmacht und der Hilflosigkeit angesichts der Schwierigkeiten, denen der Hochmeister sich gegenüber sieht und die er zu bewältigen hat. Sie drohen ihm über den Kopf zu wachsen, und verzweifelt sucht er nach einem Ausweg. Aber „wir enkonnen wedir weise noch wege irden-

ken, was wir thun sollen adir lassen, went dis ding wechset zu hoch uf uns“.¹⁶⁰ Diese Äußerung Rusdorfs bezieht sich speziell auf die Versorgung und Bezahlung der Gäste, aber sie kann wohl für den gesamten Bereich seiner Politik verallgemeinert werden. Sein Brief an den livländischen Ordensmeister vom 25. Dezember 1422 beginnt mit einer Reihe von sachlichen Mitteilungen und endet mit einem Klageruf. Der Meister möge es ihm nicht verdenken, wenn er ihm seinen Jammer schildere, aber er sei über die Geschäfte so bekümmert, daß er ihm sein Herz ausschütten müsse.¹⁶¹ Mit sicherer Hand hat Rusdorf das Schiff des Ordens durch die Stürme der Zeit nicht geführt, er erscheint eher als ein von den Umständen Getriebener. Es genügt jedoch nicht, Rusdorfs Schwäche festzustellen, ebenso wenig wie es gerechtfertigt ist, eine Ehrenrettung zu versuchen. Beide Interpretationen liegen letzten Endes auf derselben Ebene, indem sie nämlich die individuellen Fähigkeiten des Politikers erkennen wollen und nur im Ergebnis, in der eher positiven oder eher negativen Bewertung, voneinander abweichen. Sie gehen von der Person und ihren Qualitäten aus, vermeiden jedoch mitunter nicht den Fehler, wegen der Art der Überlieferung, des nüchternen Geschäftsschriftgutes, in psychologische Spekulationen zweifelhafter Natur zu verfallen.¹⁶²

Was jedoch auch ohnehin sicher aus den zur Verfügung stehenden Quellen herauszuarbeiten ist, sind die sachlichen Probleme der Politik, mit denen der Orden nach Tannenberg zu kämpfen hatte. Sie waren in der Tat gewaltig. Sie galt es, in ihrer gegenseitigen Verknüpfung darzustellen und auf Grund ihrer Kenntnis Möglichkeiten, Fehler und Leistungen der Handelnden zu beurteilen. Die sozialen, wirtschaftlichen, militärischen

160) LUB V, Nr. 2655.

161) LUB V, Nr. 2658.

162) Das beste Beispiel für eine solche methodische Fehlleistung bieten viele Darstellungen über die Auseinandersetzung zwischen Heinrich von Plauen und Michael Kuchmeister. Die meisten Autoren glauben, hier ihren Scharfsinn auf die psychologische Deutung der beiden unterschiedlichen Charaktere verwenden zu müssen, so daß der sachliche Konflikt, die Alternativkonzeptionen für die Außenpolitik des Ordens nach dem I. Thorner Frieden, entweder von dort aus beleuchtet wird oder gänzlich in den Hintergrund tritt. Die Persönlichkeits-skizzen, die z. B. E. Weise: Das Widerstandsrecht im Ordenslande Preußen und das mittelalterliche Europa (Veröff. der niedersächsischen Archivverwaltung, H. 6), Göttingen 1955, 65 f., 78 f. u. ö., von den Kontrahenten entwirft, lassen sich zu einem erheblichen Teil nicht durch Quellen belegen, ja, in die Lücke, die die zeitgenössische Überlieferung hinsichtlich der Persönlichkeiten hinterläßt, stößt geradezu eine methodisch ungezügelter Subjektivität des modernen Historikers hinein: „Die Beschäftigung mit dem Handel scheint in jenen kritischen Zeiten auf nicht ganz gefestigte Charaktere ungünstig eingewirkt zu haben“ (S. 79). Eine nähere Beschäftigung mit den Handelsrechnungen des Großschäffers Michael Kuchmeisters hätte Weise ein anderes Urteil über dessen Leistungsfähigkeit nahelegen können (vgl. Nöbel [wie Anm. 8], S. 11–15 und das ebenda, S. 13, zitierte Urteil Sattlers, des Editors der Handelsrechnungen, über Kuchmeister). Weises Vermutungen hinsichtlich einer Konspiration Kuchmeisters mit König Władysław-Jagiełło 1412 (S. 80 f.) entbehren jeder Quellengrundlage. Bezeichnenderweise leitet Weise die territorialpolitische statt der bisherigen universalen Ausrichtung des Ordens aus dem Personenwechsel an der Spitze des Ordens 1414 ab (S. 88) — als ob dafür nicht viel allgemeinere Umstände verantwortlich gemacht werden müßten.

und außenpolitischen Schwierigkeiten des Ordensstaates waren nach 1410 so sehr angewachsen, daß sie sich mit einem bloßen Handstreich etwa in Form eines militärischen Schlages gegen Polen nicht einfach lösen ließen. Diese Überlegung zwingt zur Vorsicht gegenüber gängigen Auffassungen vor allem in der älteren Literatur, Heinrich von Plauen als positive Alternative zur schwächlichen Nachgiebigkeit seiner Nachfolger anzupreisen. Er hatte sich schon mit denselben Kräften wie später Rusdorf auseinanderzusetzen, und ob er sie besser gemeistert hätte, erscheint infolge des Schwergewichts der Probleme zumindest zweifelhaft.¹⁶³ Man kann sich auch des Verdachts nicht ganz erwehren, die günstige Meinung der Historiker über Winrich von Kniprode beruhe einfach auf dem Umstand, daß seine Regierungszeit glücklicherweise in die Phase der inneren und äußeren Konsolidierung des Ordensstaates nach der Behauptung Pommerellens im Kalischer Frieden und vor der polnisch-litauischen Union und dem Aufstieg der Ständebewegung fiel. Dazu, daß gegenüber derartigen personalen Betrachtungsweisen den Sachfragen das ihnen zukommende Gewicht zuerkannt werden, haben die vorliegenden Ausführungen, so ist zu hoffen, einen Beitrag geleistet.

163) In derselben Richtung argumentiert anscheinend auch H. Boockmann: Johannes Falkenberg, der Deutsche Orden und die polnische Politik (Veröff. des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 45), Göttingen 1975, S. 101 f. mit Anm. 208.

III.

Anhang*

[14]29 Juli 25, Frankfurt

Landkomtüre und Komtüre der Balleien Franken, Altenbiesen, Thüringen, Marburg, Utrecht, Lothringen, Sachsen und Westfalen an Hochmeister [Paul von Rusdorf]:

Kriegshilfe aus dem Reich für Preußen; Verschuldung der Balleien wegen der Kriegszüge nach Preußen seit 1410; Ursachen für den Verlust von Nessau im Frieden von 1422; Abtretung weiteren Ordensgebietes an Polen.

Ausfertigung, Papier, Spuren von vier briefschließenden Siegeln, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin, XX. Hauptabteilung: Historisches Staatsarchiv Königsberg, Ordensbriefarchiv 5142 (a. B. XXIIa 32).

In dorso: Dem erwidigen geistlichen unserm homeister dutsches ordens, unserm gnedigen lieben ob[...].^a

*Gekomen czu Mar(ienburg) am sontage vor nativitatis Marie im XXIX iare etc.¹
Responso est facta feria 4^a ante Michaelis².*

* Herrn Dr. Werner Vogel, Berlin, danke ich für Ratschläge zur Edierung des Textes.

a) durch die Überklebung mit einem Streifen Papier unleserlich geworden.

1) 1429 Sept 4.

2) 1429 Sept. 28.

[1] Demütige^b bevelunge mit willigem gehorsam uuern gnaden alletziit bevor. Erwürdiger gnediger lieber her homeister, als uwer gnade uff unser schrifft uch nehstmals gethan^a geantwert hat^s und an uns begerende siit, das wir alle mit den unsern daruff gewarnet sin und uns schicken, uch sunder vertzug zu hulffe zu kommen, ob ir mit gewaldt wurd angegriffen, so schire ir das unserm meister von dutschen landen zu wissen det⁴, und uwer meynunge ist doch daby, das wir uns nit bekostigen sollen von stadan, sunder das wir uns dartzu schicken, wurd es noit thun, das wir dester ee gereith sin und uch zu hulffe kommen etc. Gnediger lieber her homeister, unser meister von dutschen landen und sine gebietiger, die mit im zu Prussen waren⁵, haben den artikel von uwer erwardigkeit recht verstanden und uns auch in solicher maße fürgegeben. Dann, lieber her homeister, es ist hie zu lande in den balien also nit gestalt noch zu thun, als uwer gnade für sich nymmet. Dann sollen wir uns rusten in eynichen weg, wir müssen knecht und pferde zum tüwersten bestellen und keuffen, wann wir der nit vorhanden haben, als sich zu solichen sachen gebüret. Und alsdann nachdem und die kost hie ußen tewr is und swere, solten wir die die lenge uber uns halten und by uns stende haben und uwer schrifft wartende sin, ob ir unser bedorfftent, es wurd uns schwerer, kostlicher und schedlicher, dann ob wir ußgeritten weren und by uch die tziit zu Prussen legen uff unser selbs kost, wann wir in solicher maße uns selbs kriegten und schaden deten. So mocht auch ein solichs hie ußen nit heymlich zugheen, nachdem und sust ein ruff ist, das ir mit dem konige von Polan meynt zu kriegen. Darumme so laßt uns by tziite wissen und setzt uns ein nemelichen dag, ob ir unser bedorfftent, das wir uns deste volliclicher und baß gerusten mogen. Und were uwer meynunge ye, das wir uns von stunt solten dartzu schicken und rusten, verstunt ir ummer wol, das wir von solicher kost wegen, die wir haben, musten gekrencket und hernachmals, so ir unser bedorfftent, deste geringer und swecher wurden uch zu helfen.

[2] Und als ir uns auch schribt, wie ir nit vermogt, sold zu geben und für schaden zu sten etc. Gnediger lieber her homeister, es ist hie zu lande gewonlich, wer kriege furet und wie arm er ist, so gibt er doch zum allermynsten die kost und stet fur redlichen schaden. Und nu ir ein solichs ablagt und wir auch in eyner geheyme wol vernommen haben, was trosts und getruwens ir zu den uuern und die uuern wider zu uch haben, so däncket es uns nit orbarlich noch nützlich sin uch und uwer orden, und besorgen gantzlich, das wenig fursten ader ritterschaff uff ire kost und schaden zu uch ritzen werden, nachdem die leuffe und sache in diesen landen gestalt sin und yederman sust ermanet und angeruffen wirt, durch got und durch ere den ketzern zu Behemen zu widersten

b) zwei überschriebene aufsteigende Punkte sind vielfach über den Vokal u gesetzt. Sie werden durch überschriebenes „e“ wiedergegeben.

3) Nicht überliefert.

4) Der Hochmeister befürchtete einen Angriff der Hussiten auf die Neumark und Preußen, seitdem er 1427 den Reichskrieg gegen sie mit einem Aufgebot des Ordens unterstützt hatte.

5) Am 27. September 1428 teilte der Hochmeister verschiedenen preußischen Gebietigern mit, daß der Deutschmeister nach Preußen kommen werde (Die Berichte der Generalprokuratoren des Deutschen Ordens an der Kurie, Bd. III/2, bearb. von H. Koepen [Veröff. der Niedersächsischen Archivverwaltung, H. 29], Göttingen 1971, Nr. 336). In seinem Brief vom 6. März 1429 an den Hochmeister erwähnt der Deutschmeister u. a.: „als uwer gnade mit mit etlichen mynen gebietigern nehstmals gein Prussen geheischen und uns daselbs furgelegt und in geheyme zu verstende geben hat, wie das“ usw. (Ebenda, Anm. 7).

und die zu vertilgen. Dann weres, das ir uch erweget, die kost zu geben, und stundet fur redlichen schaden, wir hofften noch, das manig bydermann geneygter were, gein Prussen zu riiten dan gein Behemen ader an ander ende, darinn mogt ir das beste furnemen. Es sin auch vortziiten fursten, herren, ritter und knechte gein Prussen geritten durch got und ritterschaff, es war aber wider die ungleubigen, dafur sie es nu nicht halten wollen. Dann als ir schribt, wie das unser meister von dutschen landen und sine gebietiger uch in dem artickel von den fursten abtuzlahen nicht recht begriffen haben, duncket uns nit noit sin, das der artikkel fast zu lutern sii, wann wir uns gentslich versehen, das kein furste in solicher maße zu uch riiten werden, wan sie uwer meynunge grundlich vernemen.

[3] Ir habt uns auch in uwern schriffthen berurt, uch zu schriben die tzal unser hulffe etc. Der konnen wir sicher nit gewissen, wann unser etlicher selbs nit gewissen mag, wie starck er kommen moge. Dann so des noit gescheen wirt und nachdem wir die lute alsdann gehalten mogen und die leuffe gestalt sin und wir mit gelde und kost, die wir dann vermogen uffbringen konnen, wollen wir uch zu hulffe kommen nach unserm vermogen in der maße, als wir uch das vormals geschriben haben, wann wir uns deglich in geheyme darnach stellen und richten, so wir beqwemelichst und best mogen.

[4] Auch, lieber her homeister, als wir uch geschriben haben, das wir mit großen schulden beladen sin, daruff ir uns antwert, ir hoffet, das ir noch die uwern des nit ein sache siit, sint ir unserm meister vorgnant eilffhtusent gulden müßet ußrichten von eins tzügs wegen, der doch nit furter kam dann gein Erfurt⁶, davon ir ierlich sesthalbhundert gulden schadgelt ußrichten müßet etc.⁷ Lieber her homeister, es wissen etliche uwer gebietiger wol, das der selben 11 000 gulden viertusent an barem gelde ine zu Costentz⁸ geluhen^c wurden. So müste man allen den, die man uff die tziit bestellet hett zu riiten, iren solt eynen moned züvor geben, das sie sich damit mochten gerüsten, und dartzu iren schaden betzalen, das sich das alles uff ein großer summe geldes lieff, dann uch angeslagen ist, nachdem und uff die tziit viel trefflicher graven, herren, ritter und knechte uffbracht waren. So schribt ir auch von nüntüsent gulden, die ir im auch ußrichten sollet und eins teils ußgericht habt fur diesen letzten rith etc.⁹ Lieber her homeister, es ist by

6) Der Zug des Deutschmeisters, der Landkomture von Altenbiesen und Elsaß-Burgund und ihrer Truppen nach Preußen im Sommer 1419 zur Unterstützung des Hochmeisters in dem befürchteten neuen Krieg gegen Polen-Litauen wurde in Thüringen abgebrochen, als sie die Nachricht des Hochmeisters von der Verlängerung des Waffenstillstandes (19. Juli) erreichte. Vgl. Krumholtz (wie oben Anm. 129), S. 258—260; ten Haaf (wie oben Anm. 54), S. 46 f. — Ek d a h l, Krieg (wie oben Anm. 11), S. 650, Anm. 191, ordnet den hier beschriebenen Zug dem Krieg von 1422 zu, übersieht dabei aber, daß der Text ihn von dem im folgenden erwähnten „letzten rith“ (eindeutig im Jahre 1422) durch die unterschiedliche Höhe der Ausgaben deutlich unterscheidet.

7) Am 27. September 1428 erwähnt der Hochmeister, daß er dem Deutschmeister jährlich 550 Gulden „schadegeld“ geben muß. Das Briefkonzept enthält außerdem noch Vermerke über den Anteil einzelner Komture an der Aufbringung dieser Summe (Berichte III/2, Nr. 336). Es dürfte sich dabei, wie man aus den übereinstimmenden Angaben schließen kann, um die Abzahlung für den Zug von 1419 handeln.

8) Konstanz.

c) so die Vorlage.

9) Die Zahlung für die Kosten des Kriegszuges nach Preußen 1422. Vgl. oben S. 352.

der summe nicht blißen, dann solicher tzug hat uns fast hoher und mer gestanden, als sich in rechnunge eins iglichen ußgebens wol funden hat. Dartzu sin auch mer tzuge und rithe angefangen und uffbracht, der eins teils in der Marcke und an andern enden wendig worden sin¹⁰ und uns doch große merckliche summe gelds gekost haben, dafur wir von uwern vorfarn ader uch nicht gefordert haben ader betzalt ist.¹¹ Und wie dem allein sii, es solt sich kuntlich erfinden, daß dieß gebiet zu dutschen landen syder des strits zu Prussen¹¹ von des lands zu Prussen wegen me dann uff sechtzigtusent gulden zu schaden kommen ist boben die summe, die ir unserm meister ußgericht habt und ußrichten sollet. Ist nû ein solichs dem lande zu Prussen nicht als wol zu nütze kommen, als es uns schedlich ist gewest, das ist uns leit.

[5] Und als ir uns schribt von der ubergebung des sloß Nessaw, wie ir alleyne uwer widersachen gewalt nicht widersten mocht und angeruffen habt fursten, herren und wen ir mocht und auch uns habt uns das bytziite gnung verkundiget, aber do ir kein endlichen trost von uns befundent, do siit ir dartzu gedrunge worden, das ir ein solichs müst ubergeben etc.¹² In solicher uwer schriff beduncket uns, uwer meynunge sii, es solle unser sūmenisse schuld sin, das ein solichs unserm orden ist ubergeben, das uns doch allen erschrockenlich ist. Lieber her homeister, wir mogen uns des wol tzihen an got bevor, darnehest an fursten, graven, herren, ritter und knecht und eins teils der uwern, die hie tzu lande waren, ob es billich were, das uns die werltlichen lute besagen solten, das wir soliche sache nit gesūmet, sunder flißlich umme lute uffzubringen gearbeit haben, und nach gelegenheit der sache wir des nit ee konden ader mochten zu wege bringen. Wol mochten wir uß etlichen gegenoten dieser lande mit eym geringen getzūge mit den unsern zu uch tziitlicher kommen sin, es mocht uch aber keynen scaden bracht ader geholfen haben. Und wir besorgten, das ein solichs uch, uwern landen und luten untrostlich und erschrocklich gewest were, und also wart das uff die tziit mit gutem wolbedachtem rate vertzogen; dann solten wir uch trefflich zu hulffe kommen mit fursten, ritterschaff und durch uns selbs, so mochten wir des in keynen weg ee zubringen noch gethūn. Daby uwer gnade und allermenglich wol mercken mag, ob wir in den obgerurten sachen sin zu beschuldigen ader nit. Dann, lieber her homeister, ir und uwer gebietiger wistet bytziite gnung uff das mol, das ir solt ubertzogen werden. Hett ir uch darnach mit allen sachen geschickt und gericht und uns tziitlich vor ein solichs laßen wissen, das wir uff ein nemlich tziit im lande by uch solten gewest sin, wir wolten das gethan haben nach allem unserm vermogen. Dann nachdem und ir uns das zu wissen detet,

10) Von 1414 bis 1421 forderte Hochmeister Michael Kūchmeister fast in jedem Jahr Hilfstruppen bei den deutschen Balleien und bei Söldnerführern wegen der Unsicherheit über die Verlängerung des Waffenstillstandes mit Polen-Litauen an und konnte sie wegen der allzu späten Vertragserneuerung erst abbestellen, als sie sich schon auf dem Marsch nach Preußen befanden. Vgl. Krumholtz (wie oben Anm. 129), S. 256—262, ten Haaf (wie oben Anm. 54), S. 46 f.

d) folgt gestrichen: ist.

11) D. i. die Schlacht bei Tannenberg 1410 (unzutreffend die Angabe ten Haafs, wie oben Anm. 54, S. 47: „wohl seit 1419“. In diesem Jahr fand ja gar kein Krieg in Preußen statt).

12) Im Frieden vom Melno-See 1422 (Staatsverträge, wie oben Anm. 59, Nr. 154, § 3) mußte der Orden die Burg und das Gebiet von Nessau an Polen abtreten. — Wie aus diesem Bezug hervorgeht, befassen sich die Ausführungen dieses Absatzes mit dem Feldzug von 1422.

konden wir nit ee kommen, als das obgerurt ist, und darumme wir solicher ubergunge gantz unschuldig sin. Dann, lieber her homeister, es ist in allen landen gewonlich, wer krigen wil und sal, das sich der dartzû richtet nicht alleyne uff eynen maned, zwen ader dry, sunder uff die harre¹³ ein iar, zwey ader dry, und hett ir und uwer gebietiger ein solichs auch getan, wir hofften, wir wolten tziitlich gnung kommen sin zu uch und das wir nû dieser schrifft gein uwern gnaden nicht bedorfften.

[6] Und, lieber gnediger her homeister, als wir uch auch geschriben haben, wie das wir haben vernommen, das uwer widersachen nach etlichen slossen und grenitzen sprechen und stellen und wir uch baten, der nicht zu uergeben dann mit rechte; daruff ir uns antwert, wie ir mit in darumme itzund stet in dirkentniß des rechten und das ir das recht wider und vor habt gesucht und uch dartzû nye kommen mochte etc.¹⁴ Darinnen wir uwer meynunge eigentlich nit versten können, ob ir dem also nachghen und by recht behalten ader on recht uergeben wollet, das uns aber fast erschrockenlich ist. Dann wir bitden und raten uwern gnaden, als wir dann vor gote schuldig sin, das ir mitsampt uwern gebietigern darinn trostlich sin wollent, wann wir nit vernommen haben, das uwer vorfaren seligen in solicher maße uergeben haben. Solt dann ein solichs by uwern getziiten aber gescheen, besorgen wir, das viel unrats daruß kommen mocht und uwer widersachen damit gestercket und furbaß fordern und me inbrechen wurden und auch úwers namen in kunfftigen tziiten anders dann in gutem gedacht mocht werden, das uns nit lieb were.

[7] Und, lieber her homeister, weget diese vorgeschribene sache mitsampt uwern gebietigern, was das beste darinne sii zu thun und ob uch icht nützer sii, geld und kost ußzugeben, die lant damit zu behalten, dan sust landt und lute groblich und sorglich in die wage und eynen zwifel zu setzen, ob ir die behalten ader kostenhalb verliessen mogt. Und wir bitden uwer gnade demütlich, daß ir diß unser schriben gnediglich uffnemen wollent, wann wir das vor gote schuldig sin und unserm orden zu nutze und uch zu eren gethan haben und meynen das in dem besten. Geben zu Franckfurt und versigelt mit der balien zu Francken, Biessen, Marpurg und Vtricht insigeln an Jacobs dag anno etc. XXVIII^o.

Landcommethure und commethure der balien zu Francken¹⁵, Biessen¹⁶, Doringen¹⁷, Marpurg¹⁸, Vtricht¹⁹, Lotringen²⁰, Sassen²¹ und Westfalen²² deutsches ordens.

13) D. h. auf die Länge.

14) Die Verhandlungen über den Grenzverlauf zwischen der Neumark und Polen und über die polnischen Ansprüche auf die Burg Driesen schleppten sich seit dem Frieden vom Melno-See 1422 ergebnislos hin, ohne daß auch nur eines der geplanten Schiedsgerichtsverfahren unter Großfürst Witold von Litauen oder König Sigismund zustande gekommen wäre (Vgl. Staatsverträge, wie oben Anm. 59, Nr. 154, § 4, 155, 161, 164, §§ 1, 3, 166, 167; L ü c k e r a t h, Rusdorf, wie oben Anm. 3, S. 54, 58 f., 61 f., 64—67).

15) Landkomtur Arnold von Hirsberg. — Die Landkomture werden im folgenden identifiziert nach J. Voigt: Geschichte des Deutschen Ritter-Ordens in seinen zwölf Balleien in Deutschland, 1. Bd., Berlin 1857, S. 659—675.

16) Iwan von Cortenbach.

17) Heinrich von Witzleben.

18) Johannes von Liederbach.

19) Hermann von Keppel.

20) Heinrich Stump von Aispach (vgl. auch R. S c h m i d t: Die Deutschordenskommenden Trier und Beckingen [Quellen und Studien zur Geschichte des Deutschen Ordens, Bd. 9], Marburg 1979, S. 300 u. 511).

21) Wittich von Pichau.

22) Dietrich von Plettenberg.

Summary

*Politics and Warfare of Grand Master
Paul von Rusdorf in 1422/23*

When in the spring of 1422 in co-operation with the German and Hungarian King Sigismund, Grand Master Paul von Rusdorf tried to induce King Władysław II. Jagiełło of Poland and Grand Duke Witold of Lithuania to acknowledge the award of Breslau of 1420 and thereby to return finally to the territorial status before 1410, both his opponents answered by declarations of war in July 1422. The following war anew showed very clearly the military and financial difficulties of the Prussian Order state since the defeat of Tannenbergh in 1410, so that it was forced at first to make a treaty by negotiators at the Lake of Melno (27 September 1422) and then to ratify it (May 1423) while resigning from its own political aims and loosing territories.

Because of the Polish-Lithuanian co-operation with the heretical Hussites, several princes of the Reich advanced to Prussia, but because of the too late enlistment and the long approach routes they did not arrive in the theatre of war in time before the conclusion of peace, to which the Prussian Diet urged its sovereign by threatening defection. Besides, they did not come — like in the time of Lithuanian crusades in the 14th century — to protect the Christian world at their own expenses, as the Grand Master had expected, but they claimed reimbursement of their expenses for the journey and for the stay in the country. Paul von Rusdorf was only reluctantly willing to meet their wishes, as his cash was exhausted, among other things because of the devastation of important regions by the enemy with the result of financial loss. His efforts for opening new pecuniary resources largely remained ineffective, as he met the opposition of the Prussian Diet as well as both the other branches of the Order in Livonia and in the Reich, especially the obstinate German Master Eberhard von Saunshheim, who by all means wanted to have paid for the efforts of the German bailiwicks because of their high indebtedness.

Compared with wide-spread personal approaches in the literature, the present treatise deals in the first place with the objective difficulties of the Order's politics.